SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 229 HERBST 2025 1 €

Ohnmacht der Palästina-Bewegung

Mo Photography Berlin/Shutterstock

Doaa Albaz/Anadolu

11. Oktober: Zerstörung in Gaza, Chan Yunis. Oben: Palästina-Demo am gleichen Tag

Wie schaffen wir Arbeiter-Widerstand?

Steht die Palästinabewegung endlich vor dem Durchbruch? Das war zumindest das Bild, das der Großteil der sozialistischen Linken beschwor, nachdem am 27. September mehr als 100 000 Menschen zur Demo „All Eyes on Gaza" in Berlin gekommen waren. Klasse gegen Klasse sprach von einer „Zeitenwende" für die Palästinabewegung (1. Oktober) und Ramsis Kilani von Sozialismus von unten sah in der Mobilisierung für die Demo die deutsche Staatsräson für Israel „bröckeln" (26. September, Instagram@ramsyki).

Nur wenige Tage später schlug wieder die harte Realität zu: Trump, bejubelt von Merz und Klingbeil (und etwas verschämter auch von Jan van Aken), verkündete den Gaza-Deal, der eine verheerende Niederlage für den palästinensischen Widerstand und die internationale Palästinabewegung bedeutet und Trumps Position weiter stärkt. Wir müssen dafür kämpfen, diesen Deal zu zerreißen (siehe Seite 3). Aber jeder Schritt in diese Richtung erfordert, dass die Palästinabewegung auf einer vollkommen neuen, ***antiimperialistischen und proletarischen Grundlage*** aufgebaut wird.

Obwohl Millionen Menschen weltweit für Palästina auf der Straße waren, konnte die Palästinabewegung keine wirkliche Macht entfalten. Die ***Isolation der Bewegung von der Arbeiterklasse*** wurde auch klar bei der Demo am 27. September: Unter den 100 000 Teilnehmern fanden sich nur einige kleine Gewerkschaftsblöcke, die im Wesentlichen aus Linken in Gewerkschaftswesten bestanden. Sicher spielen die massive staatliche Einschüchterung und Repression dabei eine Rolle. Aber Sozialisten müssen der Wahrheit ins Auge sehen, dass der entscheidende Grund für die bisherige Machtlosigkeit der Palästinabewegung ihre

Fortgesetzt auf Seite 22

Catherine Aubel

1950–2025

Unsere langjährige Genossin Catherine Aubel starb am 14. August in Berlin nach einer langen und zunehmend schwächenden Krankheit. Sie wurde 75 Jahre alt. Sie war eine selbstbewusste, sympathische und schöne Genossin, deren Intelligenz und feiner Humor eine große Stärke für die Partei darstellte.

Catherine, aufgewachsen in Lindsay, Ontario, Kanada, radikalisierte sich wie viele junge Linke in den 70er-Jahren durch die Antikriegsbewegung über Vietnam, den Kampf der Black Panthers gegen die Rassenunterdrückung und die Kämpfe für die sexuelle Freiheit und soziale Gleichheit der Frauen. Sie gehörte zu den jungen Frauen, die durch die Frauenbewegung inspiriert und zur linken Politik rekrutiert wurden. Sie kam 1975 mit der Spartacist League Canada zusammen, studierte den Trotzkismus und trat der kanadischen Sektion der damaligen internationalen Spartacist Tendenz, heute Internationale Kommunistische Liga, bei.

Wie viele unserer jungen kanadischen Genossen, die später in andere Sektionen gingen, um den Aufbau unserer internationalen Tendenz voranzutreiben, wurde auch sie direkt zum Konzept der Leninschen Partei und Internationalismus gewonnen. So meldete sich Catherine 1976 sofort, um mitzuhelfen, die deutsche Sektion Trotzkistische Liga aufzubauen, und zog nach Westberlin. Catherine brachte den Genossen nicht nur kanadische Kultur und die Lieder der Arbeiterbewegung bei, sondern gab auch Englischstunden, damit die Genossen unsere amerikanische Zeitung *Workers Vanguard* lesen konnten.

Die scharfe Trennung zwischen geistiger und manueller Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft war Catherine stets ein Dorn im Auge. Nicht nur half sie gutes Werkzeug zu finden, mit dem alle Genossen arbeiten konnten. Sie war auch oft Teil der Teams, die für die Instandhaltung und den Aufbau unserer Büros sorgten. Genossen erinnern sich gut, wie sehr sie jedes Wochenende in Ebay solide und preiswerte Regale, Tische und anderes Mobiliar für unser zentrales Büro in Berlin ersteigerte. Catherine ging immer dahin, wo auch die Partei hinging. So zog sie mit der Zentrale von Westberlin nach Frankfurt, später nach Hamburg, und als die deutsche Sektion für einige Zeit aufgelöst wurde, ging sie nach London, um später die deutsche Sektion erneut in Berlin wiederaufzubauen. Dabei war auch unser Genosse Herbert, den Catherine 1987 in Kanada heiratete. Besonders am Herzen lag ihr das Training junger Genossen und die Gewinnung von Freunden und Kontakten für die Partei. Überall wurde Catherine als eine Genossin geschätzt, die mit beiden Füßen auf dem Boden stand, mit der man Pferde stehlen konnte, die sie wie Hunde und Katzen liebte. Gerne hörte man mit ihr Musik und ging tanzen. Sie propagierte auch vielen Genossen ihre Vorliebe für Bauchtanz. Die Genossen schwärmten von ihrer und Herberts Gastfreundschaft, den Einladungen zur Maibowle mit Waldmeister und ihrem guten Essen.

Catherine war überzeugte Gewerkschafterin und gewann auch Kollegen zuletzt zum Verständnis, dass man Streikposten nicht überquert. Catherine arbeitete in der Sektion als Setzerin für die Zeitung, später als Kassiererin und war in der Ortsleitung aktiv. Besonders aber half sie beim Aufbau des Komitees für soziale Verteidigung, das bis zum heutigen Tage sich für die Anliegen und Fälle im Gesamtinteresse der Arbeiterklasse einsetzt. Sie setzte sich unermüdlich für die Verteidigung von Mumia Abu-Jamal ein. Dabei war sie geradezu akribisch darin, jede Spende zu verfolgen und ihre Weitergabe sicherzustellen.

Catherine hatte viele Jobs und arbeitete an der Charité, wo sie nicht nur medizinische Texte in der Neurologie übersetzte und an den Streiks teilnahm, sondern auch ein tiefes Interesse des Kampfes gegen soziale Unterdrückung entwickelte. Besonders wichtig fand sie die Arbeit von Magnus Hirschfeld, Sozialwissenschaftler, der sich in den 20er-Jahren für die Schwulen-Befreiung einsetzte. Catherine wollte immer, dass wir ihn besonders würdigen. Dazu passen auch jetzt unser Kampf und die Diskussion zur Transgender-Befreiung.

Catherine begrüßte sehr den aktuellen Kampf in der IKL, und damit auch der deutschen Sektion, um die Rückgewinnung des revolutionären Programms, auf dem sie gegründet wurde. Es gelang ihr, ihren kämpferischen Geist und ihr intensives politisches Interesse bis in die letzten Jahre zu bewahren. Wir vermissen Catherine schrecklich und sprechen ihrem Mann und Genossen Herbert, ihrem Bruder, ihrer Schwester und der ganzen Familie unser Beileid aus. Wir sind stolz darauf, sie zu ehren. ■

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Philipp Clyde
Herausgebende Redakteurin: Renate Müller
Produktionsleiterin: Nadja Dostal
Vertriebsleiterin: Barbara Köhler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 2 35 55,
10127 Berlin, E-Mail: spartakist@online.de | Tel.: (0 30) 4 43 94 00

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel und Briefe entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 13353 Berlin
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb

Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. Oktober 2025

Nr. 229 Herbst 2025

Palästina

Zerreißt den Deal!

Palästinenser fliehen aus dem Norden Gazas, 16. September. Links: Verbrüderung von Netanjahu und Trump im Weißen Haus, 29. September

Brandon/AP

Habboub/Abaca

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga, 8. Oktober.

Der Völkermord in Gaza muss gestoppt werden. Aber nur Narren können erwarten, dass Trump und Netanjahu dem Nahen Osten Frieden bringen. Der Plan, den sie am 29. September vorstellten, verlangt die totale Kapitulation des palästinensischen Widerstands und bringt nur weitere koloniale Unterwerfung. Für jeden pro-palästinensischen Beobachter ist es leicht zu erkennen, wie obszön dieser Deal ist und dass er eine Katastrophe wäre, aber viel schwieriger ist es, zu beantworten, was getan werden sollte. Der palästinensische Widerstand steckt in einer Sackgasse. Die humanitäre Lage in Gaza verschlimmert sich immer weiter, eine militärische Niederlage Israels ist nicht möglich. Und die vorherrschende Stimmung ist, dass dieser Konflikt beendet werden muss. Darüber hinaus ist der diplomatische Druck extrem hoch, da sich die ganze Welt hinter Trump stellt.

Oberflächlich betrachtet mag es so aussehen, als würden große Zugeständnisse wie die Freilassung der Geiseln, die Akzeptanz einer technokratischen Regierung und die Entwaffnung ein Ende des Leidens bringen. In Wahrheit würde dies Israel jedoch nur freie Hand geben, die Palästinenser zu vernichten. Man muss sich nur ansehen, was 1982 geschah, als die bewaffneten Kämpfer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) dem Rückzug aus dem Libanon zustimmten. Dies ebnete den Weg für die Massaker von Sabra und Schatila, marginalisierte die PLO und bereitete den Boden für die Osloer Verträge vor. Sich aus einer Niederlage zurückzuziehen, um dann weiterkämpfen zu können, ist eine Sache. Aber die Bevölkerung von Gaza angesichts der israelischen Tyrannei schutzlos zu lassen ist eine andere. Wir müssen mit einer Stimme sagen: ***Keine Kapitulation!***

Dennoch bleibt die Frage: Wie stoppt man den Völkermord? Trump prahlt und droht wie immer und verspricht, die Hamas zu vernichten, wenn sie das Abkommen nicht akzeptiert. Es besteht kein Zweifel, dass der Widerstand in Gaza schwere Schläge erlitten hat, aber nach zwei Jahren ist er für Israel immer noch ein Stachel im Fleisch. Wenn Israel die Hamas mit konventionellen militärischen Mitteln besiegen könnte, hätte es dies längst getan. Die Palästinenser haben einen unerträglichen Preis gezahlt, aber auch Israel und sogar die USA sind von dem zweijährigen Konflikt nicht unversehrt geblieben. Wenn an der richtigen Stelle Druck ausgeübt wird, ist es möglich, Israel und die USA zu zwingen, den Völkermord zu beenden und echte Zugeständnisse zu machen.

Sabra und Schatila dürfen sich nicht wiederholen!

Die Strategie, die am ehesten zu sofortigen Ergebnissen führt, ist auch diejenige, die das Ziel der Befreiung Palästinas am besten voranbringen kann. Sie besteht darin, die arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt gegen ihre Herrscher zu mobilisieren, die den Völkermord entweder direkt unterstützen oder ihn dulden. Das ist überhaupt nicht kompliziert, aber offensichtlich ist es noch nicht geschehen. Wir müssen verstehen, warum.

Nach zwei Jahren kann die Bewegung nicht einfach denselben Weg weitergehen und so tun, als würde dies funktionieren. Wir müssen der Realität ins Auge sehen und echte politische Lehren daraus ziehen. Zwei Illusionen haben die Bewegung von Anfang an niedergehalten und die Aussicht auf tiefgreifendere Volksaufstände behindert. Die erste ist, dass die internationale Gemeinschaft der Banditen und ihr manipuliertes Rechtssystem irgendwie dazu gedrängt werden können, sich zugunsten Palästinas einzuschalten. Die zweite ist, dass eine weltweit immer stärker werdende Welle der Unterstützung für Palästina Israel stoppen wird. Im Wesentlichen beruhen beide auf der falschen Annahme, dass liberale moralische Normen ausreichen, um den Völkermord zu stoppen.

Diplomatie ist eine Sackgasse

Monatelang haben politische Führer auf der ganzen Welt ihre Rhetorik gegen Israel verschärft. Im September „entdeckte" eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen, dass Israel Akte des Völkermords begangen habe. Unterdessen erklärte ein westliches Land nach dem anderen, dass es einen palästinensischen Staat „anerkenne". Was die arabischen Länder betrifft, so drohten sie, nachdem Israel den US-Handlanger Katar bombardiert hatte, mit der Faust und erklärten: „Genug ist genug." Was für ein glorreiches Momentum der Rechtschaffenheit!

Doch in den Stunden nach der Pressekonferenz von Trump und Netanjahu erwiesen sich all diese diplomatischen Gesten und großspurigen Äußerungen als völlig zynisch und bedeutungslos. Nacheinander lobten die Führer der Welt Donald Trump und forderten die Umsetzung seiner krankhaften Pläne, sich selbst und Tony Blair als Oberherren von Gaza vorzuschlagen. Die Unterstützung war nahezu einstimmig, von UN-Generalsekretär António Guterres und Spaniens „sozialistischem" Ministerpräsidenten Sánchez bis hin zum Emir von Katar und der Kommunistischen Partei Chinas.

Mit einem Schlag wurde klar, wo wirklich jeder in der Palästinafrage stand. Das diplomatische Getöse der Verbündeten und Marionetten der USA war offensichtlich nur ein großes Manöver, um den palästinensischen Widerstand zu isolieren, als es wirklich darauf ankam. Und die Führer des Globalen Südens zeigten einmal mehr, dass sie, wenn es hart auf hart kommt, gerne aus der Ferne zusehen, wie die USA und Israel ihre Verbrechen begehen.

Für alle, die mit dem Palästinakonflikt vertraut sind, war dies keine Überraschung. Die eigentliche Frage war, wie die palästinensische Bewegung auf diese geschlossene diplomatische Front reagieren sollte, die eine Kapitulation fordert. Sollte sie das diplomatische Spiel mitspielen oder den Verrat der internationalen Gemeinschaft aufdecken?

In ihrer Antwort auf Trumps Deal entschied sich die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) für Ersteres und erklärte, dass sie „die arabischen, islamischen und internationalen Bemühungen sowie die Bemühungen von US-Präsident Donald Trump für ein Ende des Krieges im Gazastreifen schätzt". In ihrer Erklärung akzeptierte sie bestimmte Aspekte des Abkommens, während sie zu anderen schwieg. Es bleibt zwar abzuwarten, ob die anscheinende Offenheit der Hamas gegenüber Trumps Ultimatum zu echten Zugeständnissen führen wird, doch ihre Reaktion zeigt bereits einen fatalen Fehler in ihrer Herangehensweise.

Das Problem ist nicht per se, dass die Hamas zugestimmt hat, über bestimmte Aspekte des Abkommens zu verhandeln, oder dass sie leere diplomatische Schmeicheleien äußert. Vielmehr ist die versöhnliche Sprache, die sie verwendet hat, Symptom eines tiefer liegenden Problems. Beim Versuch, Israel diplomatisch zu isolieren, hält sich die Hamas im Wesentlichen mit Kritik an anderen Regimen zurück, insbesondere denen der arabischen Welt. Dies ist ein durchgängiges Merkmal. Von ihrer Planung des 7. Oktober bis hin zu ihrer aktuellen Taktik hat die Hamas versucht, die arabischen Regime durch diplomatische Manöver aus dem Einflussbereich Israels herauszulösen und in ihr Lager zu ziehen.

Dies ist dieselbe Strategie, die auch die PLO unter Jassir Arafat verfolgt hat. Sie ist nicht clever, sondern katastrophal. Erstens, weil sie hoffnungslos ist. Wenn diese Regime manchmal zum Widerstand neigen, dann nur, weil sie den Hass ihres eigenen Volkes spüren und die pro-palästinensische Stimmung eindämmen müssen. Egal wie weit sie sich verbiegen, letztendlich beruht ihre korrupte Macht auf der Unterstützung der USA – sie werden die roten Linien ihres Herrn nur überschreiten, wenn sie keine andere Wahl haben. Zweitens opfert diese Strategie den stärksten Trumpf der palästinensischen Bewegung in Westasien: die brodelnde Wut der Massen darüber, dass ihre Herrscher den Zionismus beschwichtigen.

Pro-palästinensische Stimmung ist in der arabischen Welt tief verwurzelt, von Jugendlichen in Algerien, die verlangen, nach Palästina geschickt zu werden, um zu kämpfen, bis hin zur Stimmung innerhalb der Streitkräfte, Israel den Krieg zu erklären. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass ein Aufruf des palästinensischen Widerstands an die Bevölkerung Ägyptens, Jordaniens und der Türkei, die Fesseln der pro-imperialistischen Diktatoren, die sie regieren, zu sprengen und Gaza zu Hilfe zu kommen, großen politischen Aufruhr auslösen würde. Dies hätte das Potenzial, das Machtgleichgewicht in der Region zu verändern. Trump und seine Kumpane sind sich dieser Gefahr voll bewusst, was einer der Gründe ist, warum sie den Konflikt so schnell wie möglich zugunsten Israels beenden wollen. Aber anstatt diese Schwäche auszunutzen, indem sie ***den Druck*** auf die verhassten Regime ***erhöht***, überschüttet die Hamas sie mit unverdientem Lob und verlässt sich bei den Verhandlungen auf sie.

Diese Punkte treffen zwar am deutlichsten auf die proamerikanischen Regime der muslimischen Welt zu, gelten aber auch ganz allgemein für den Rest des Globalen Südens

Fortgesetzt auf Seite 19

Kontaktadressen

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
E-Mail: spartakisthh@posteo.de
Telefon: (0 40) 32 36 44

spartakist@online.de
@spartakist_IKL
@spartakist_IKL
0174 466 5332
iclfi.org

Hafentarifrunde – Arbeiter unter Beschuss

ver.di muss jetzt gegenhalten!

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt des Komitees von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di ab, veröffentlicht im Juni 2025, vor der Tarifrunde. Für alle überraschend wurde gleich beim ersten Verhandlungstermin unterschrieben. Auch angesichts der deutschen Unterstützung der Ukraine und Israels, der Aufrüstung und der Sozialkürzungen, die gerade erst angefangen haben, wollten die Hafenbosse dieses Jahr Ruhe im Karton haben und (Warn-) Streiks verhindern. Sie haben der Bundestarifkommission die Pistole auf die Brust gesetzt und das altbekannte Spiel mit der Angst durchgezogen: „Wenn ihr jetzt nicht gleich das Angebot unterschreibt, bleiben die Schiffe weg.“ Noch ein paar „Gespräche“ im kleinen Rahmen zwischen Hafenbossen und Gewerkschaftsführern in Hinterzimmern und die Sache war geritzt. Die BTK hat es zwar mit überwältigender Mehrheit, aber bei drei kämpferischen Gegenstimmen abgesegnet. Wenn die Bosse so einen Druck haben, wäre mehr drin gewesen. Kollegen hatten schon im Vorfeld vor der Verhandlungsführung gewarnt, die bekanntermaßen mit den Bossen kungelt. ***Wir brauchen eine Gewerkschaftsführung, die sich nicht erpressen lässt!*** Es ist die Aufgabe der Führung ***und*** der Aktiven, dagegenzuhalten. Ver.di-Offizielle reden die 3,1 Prozent Lohnsteigerung damit schön, dass es über der offiziellen Inflationsrate von angeblich 2,2 Prozent liegt. Aber die Reallohnverluste der letzten Jahre wurden ***nicht*** wettgemacht.

Zwar gibt es einen weiteren freien Tag pro Jahr für ver.di-Mitglieder, aber das wird dem Thema Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich auch nicht gerecht, dabei wäre das die Antwort auf Automatisierung und Überalterung. Die prozentuale Erhöhung bedeutet, dass die unteren Lohngruppen, mit denen z. B. die Lascher abgespeist werden, weniger steigen als die hohen Lohngruppen. Die Spaltung der Hafenarbeiter in zahlreiche verschiedenste Tarifuntergruppen wurde nicht aufgegriffen und geht damit weiter. So ist es auch kein Wunder, dass bei der Befragung der Gewerkschaftsmitglieder zum Tarifabschluss dieser bei ADM („Ölmühle“) am schlechtesten bewertet wurde, ein Bereich, in dem die Ungleichbehandlung besonders krass ist. Geld ist das eine, aber wir brauchen auch gute Arbeitsbedingungen und Gleichheit und Zusammenhalt, um unsere Kampfkraft zu stärken. Diese Themen wurden nicht gelöst. Gerade seit dem Abbruch der Warnstreiks in der Tarifrunde 2022 seitens der ver.di-Führung und dem dementsprechend schlechten Abschluss ist die Stimmung ziemlich mies. Und mit dem jetzigen Abschluss ist die Situation nicht leichter geworden. Viele sagen, „der Abschluss ist nicht super, aber es hätte auch schlimmer kommen können“. Ja, aber der Druck auf uns steigert sich auch. Das müssen wir durchbrechen!

* * *

Wofür soll ver.di kämpfen? Bei der letzten Hafenkonferenz in Undeloh stand Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ganz oben auf der Liste. Eine richtige Forderung. Aber Fakt ist auch: Der Wind bläst gerade aus der anderen Richtung. Wir sollen mehr arbeiten und den Gürtel enger schnallen. Im Kampf für unsere Interessen stoßen wir auf den Widerstand nicht nur der Hafenbosse, sondern auch der Regierung. Sie will, dass wir die Kosten für das 5-Prozent-Ziel der NATO und ihren immer aggressiveren Kriegskurs tragen. Aber die ver.di-Führung steht hinter der NATO und der Regierung. Daher stellt sie sich gegen einen entschlossenen Kampf, der den Bossen

Solidarisierung mit Hafenarbeiterin Sandra in Hamburg am 30. Juli beim Prozessauftakt. Sie wurde wegen angeblichen Angriffs auf die Polizei angeklagt, weil sie 2022 bei der Streikkundgebung vor dem Besenbinderhof eine leere Getränkedose gekickt hat, die keinen getroffen hat. Die Klassenjustiz hat sie am 1. September zu einer Geldstrafe verurteilt. Ein Angriff auf eine ist ein Angriff auf alle! Verteidigt Sandra!

Jürgen Bader

Hafenkomitee

Hamburg, 1. Mai: Hafenkomitee fordert Wiedereinstellung von Erik Helgeson, schwedischer Hafen-Gewerkschafter, gefeuert wegen Waffenboykott

wirklich wehtut, den Hafen lahmlegt und den Kurs der Regierung torpediert.

In der letzten Tarifrunde hat sich das besonders krass gezeigt: Die ver.di-Führung hat dem SPD-Senat geholfen, den MSC-Deal gegen den Willen der Hafenarbeiter durchzudrücken! Genau dagegen haben wir das Komitee von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di gegründet – mit der Forderung, die Tarifrunde mit dem Kampf gegen den MSC-Deal zu verbinden und einen hafenweiten Streik durchzuführen. Wir haben versprochen, dass wir nicht lockerlassen. Die ver.di-Führung will die Tarifrunde auch dieses Mal auf eine reine Lohnforderung reduzieren und der Regierung den Rücken freihalten – mit dem Ergebnis, dass wir am Ende wieder einen mickrigen Abschluss bekommen, der schon am nächsten Tag von der Inflation wieder aufgefressen wird. Um wirklich etwas in der Tarifrunde zu erreichen, darf ver.di nicht länger die Kriegs- und Regierungspolitik unterstützen, sondern muss sich gegen sie stellen.

Wir Hafenarbeiter können konkret etwas gegen die Machenschaften unserer Regierung tun – zum Beispiel gegen ihre Unterstützung für Israel. Wir dürfen nicht zulassen, dass Israel, der Handlanger der USA und Deutschlands, mit der Vernichtung von Palästina und dem Feldzug gegen Iran durchkommt. Ansonsten werden weitere Angriffe folgen, gegen andere Länder und *gegen uns Arbeiter*. Kollegen in Göteborg, Genua, Piräus und anderen Häfen haben es vorgemacht und Waffenlieferungen an Israel gestoppt. In Marseille weigerten sich die CGT-Hafenarbeiter, einen Container mit Maschinengewehren für Israel zu verladen. Wir unterstützen unseren palästinensischen Kollegen Mo, der von ver.di konkrete Aktionen dieser Art verlangt. Doch die ver.di-Führung klebt an der Staatsräson für Israel.

Damit lässt sie nicht nur Mo hängen, sondern uns alle. Es geht hier nicht um eine moralische Frage, sondern um die Interessen von uns Arbeitern. Am Beispiel der Ukraine ist das vielleicht greifbarer: Für die NATO-Sanktionen gegen Russland und die Waffenlieferungen an die Ukraine bezahlen *wir* den Preis mit Inflation, Deindustrialisierung und Aufrüstung.

Mit der Aggression gegen andere Länder geht auch Unterdrückung hierzulande einher: Wer sich gegen den antirussischen Kriegskurs stellt und russisches Gas und Öl wieder reinlassen will, wird als Rechter oder „Putinfreund“ gebrandmarkt. Und genauso werden Muslime, Palästinenser und Palästina-Aktivisten, die sich gegen den Völkermord stellen, als „Antisemiten“ verleumdet, entlassen und mit Entzug der Staatsbürgerschaft bedroht. Jeder Widerstand gegen die herrschende Linie soll gebrochen werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch streikende Arbeiter dran sind.

Schluss damit! Nutzen wir unsere Macht, nicht als einzelne, sondern gemeinsam unter Schutz und Führung unserer Gewerkschaft: *ver.di muss die Waffenlieferungen an Israel <u>und</u> die Ukraine stoppen*!

Auch in Friedenszeiten hat die ver.di-Führung die arbeiterfeindliche Regierungspolitik unterstützt. Sie hat die ganzen Verschlechterungen im Hafen mitgetragen: Lohndrückerei, Auslagerungen, ein Flickenteppich von Tarifverträgen. Das hat uns Hafenarbeiter weiter gespalten und die Kampfkraft unserer Gewerkschaft geschwächt. Die BTK will das Problem bei den Verhandlungen zum Rahmentarifvertrag angehen, getrennt von der Lohnrunde, und hat „Änderungsbedarf“ formuliert. Unser Änderungsbedarf ist klar: Das ganze *System* von Spaltungen und Ungleichheiten muss vom Tisch! *<u>Ein</u> Hafen, <u>ein</u> Kampf, <u>ein</u> Tarifvertrag!* Und ver.di muss diese Frage *mit der Lohnrunde verbinden*. Ver.di muss nicht nur in Worten, sondern in Taten die Interessen *aller Hafenarbeiter* vertreten und diese für unseren gemeinsamen Kampf mobilisieren! Es muss handfeste *Verbesserungen und kräftige Lohnerhöhungen für uns alle* geben.

Ein paar Forderungen von Kollegen, die wir gut finden: *Massive Lohnerhöhung für die gefährliche und harte Arbeit der Lascher! Höhere Eingruppierung der Handwerker und Lascher! Streichung der untersten drei Lohngruppen!* In vielen Gesprächen kommt Unzufriedenheit mit Vorgesetzten und dem Nasenfaktor bei den Einteilungen zum Ausdruck. Ausländische und muslimische Kollegen arbeiten oft zu schlechteren Bedingungen. Aus unserer Sicht gibt es eine faire Lösung für alle: *gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen und Einteilung der Arbeit!* Momentan brummt es noch in Hamburg, es wird eingestellt. Aber schon bald haut die Krise richtig rein, dann ist Schluss damit. Dann stehen die Älteren wieder allein mit der Arbeit da – und die Jugend hat keine Perspektive. *Schluss mit Befristung! Unbefristete Einstellung für alle!*

Der nächste Schritt: eine hafenweite ver.di-Versammlung!

Jetzt geht es darum, all das durchzusetzen. Eine Idee in Undeloh war die Einberufung einer *hafenweiten ver.di-Versammlung*, die demokratisch die Forderungen für die Tarifrunde festlegen soll. Richtig! Wir hören schon die Standard-Ausrede der ver.di-Führung: „Zu den Versammlungen kommt doch eh keiner!“ „Die Arbeiter sind selbst schuld, weil sie nichts machen!“ Damit will sie verhindern, dass eine Versammlung einberufen wird, auf der *wir Hafenarbeiter* den weiteren Kurs unserer Gewerkschaft bestimmen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Versammlung stattfindet und es *kein Weiter-So* gibt!

Notruf 040, Fachbereich Maritime Wirtschaft: Eure Forderungen in Undeloh fanden wir richtig. Wo sind sie geblieben? Wir wissen, dass viele von euch nicht die Politik der obersten ver.di-Führung teilen. Also lasst uns *gemeinsam für einen Kurswechsel von ver.di* kämpfen!

Komitee von Hafenarbeitern

Für eine kämpferische ver.di

+ 49 170 88 62 306 HafenKomitee@proton.me
X: Hafenarbeiterko Facebook: bit.ly/HafKom
WhatsApp-Gruppe mit Einladung

Schweißt die Palästinabewegung mit den Arbeiterkämpfen zusammen!

Massenprotest in Rom, 4. Oktober. Banner: „Weg mit der Regierung, Komplizen des Völkermords!“

Dieses Extrablatt von Spartaco*, Zeitung unserer Genossen der Lega trotskista d'Italia, erschien am 26. September.*

Der Generalstreik der Basisgewerkschaft Usb für Gaza hat alle Erwartungen übertroffen und Hunderttausende von Studenten und Arbeitern (darunter viele Mitglieder der Cgil und anderer Gewerkschaften) auf die Straße gebracht,

SPARTACO

die alle den gemeinsamen Wunsch hatten, mit dem Geschwätz der „internationalen Gemeinschaft“ Schluss zu machen und selbst aktiv zu werden, um dem Völkermord an den Palästinensern ein Ende zu setzen, indem sie Häfen, Bahnhöfe und Autobahnen blockierten, um die Regierung Meloni zu zwingen, mit Israel zu brechen.

Was sie zum Handeln veranlasste, war vor allem der Aufruf der Hafenarbeiter von Calp in Genua zum Streik, mit dem sie die Sumud-Flottille verteidigen und dafür sorgen wollten, dass aus Italien ***kein einziger Nagel*** mehr nach Israel geliefert wird. Eine Million Arbeiter legten die Arbeit nieder. Der Streik hat zwar nicht das ganze Land lahmgelegt (vor allem nicht die Industrie), aber er hat ***der Regierung einen ordentlichen Dämpfer*** verpasst, trotz der Bemühungen der verräterischen Führer der Gewerkschaftsdachverbände Cisl und Uil, ihn zu verhindern, und von Landini, der zu separaten Streiks ausgerufen hat, um zu verhindern, dass sich die Aktivisten der Cgil und der Usb zusammentun.

Das Ausmaß der Mobilisierung hat Meloni und Salvini erschreckt, die zunächst eine Unmenge von Polizisten eingesetzt haben, um Häfen und Bahnhöfe zu räumen, dann eine hysterische Kampagne gegen die „Gewalt“ gestartet haben, um die Streikenden zu isolieren, und nun hoffen, sie durch Ablenkungsmanöver zurückhalten zu können wie mit dem Versprechen, den „Staat“ Palästina anzuerkennen (wenn Hamas die Geiseln freilässt und sich zerstören lässt) und mit der Entsendung von Kriegschiffen für „Rettungsaktionen“ im Gefolge der Flottille (vielleicht um sie daran zu hindern, in die Gewässer von Gaza einzudringen!).

Sowohl die Usb als auch die Cgil haben erklärt, dass sie im Falle eines Angriffs auf die Flottille zu einem sofortigen Generalstreik bereit sind. Die Usb fordert, dass „die Arbeiter ein Embargo für alle Waren, die nach Israel gehen und aus Israel kommen, in Betracht ziehen“. ***Gut! Was jetzt zu tun ist, ist klar: den Aufruf der Hafenarbeiter in die Tat umsetzen!***

- ***Gemeinsamer Streik im Falle eines Angriffs auf die Flottille***, ohne die Kräfte in getrennte Streiks oder Streiks einzelner Gewerkschaften aufzuteilen, sondern mit einer massiven Machtdemonstration, die die Interessen der italienischen Unternehmen trifft und die Regierung in die Enge treibt.
- Die Arbeiter in den Häfen, bei den Eisenbahnen, auf den Flughäfen und in den Rüstungsbetrieben müssen ein ***Arbeiterembargo gegen Israel*** verhängen, indem sie Waffen und strategische Güter stoppen. Das würde für das palästinensische Volk mehr bewirken als hundert Anträge von Schlein und Von der Leyen.
- ***Das Recht auf die Verteidigung Palästinas verteidigen***, indem man sich an die Seite aller pro-palästinensischen Aktivisten stellt, die von der Repression betroffen sind, indem man sich gegen repressive Gesetze wehrt, die Streikende oder diejenigen treffen, die Infrastrukturblockaden durchführen, und indem man die sofortige Freilassung aller verhafteten Aktivisten fordert, von den Mailänder Studenten bis hin zum Palästina-Aktivisten Anan Yaeesh.

Das Wichtigste ist, die vielen Arbeiter in diesen Kampf einzubeziehen, die den israelischen Völkermord verabscheuen, aber passiv bleiben, weil ihnen der Zusammenhang zwischen dem palästinensischen Kampf und ihrem täglichen Leid nicht aufgezeigt wird. Die Arbeiter werden nicht aufgrund moralischer Appelle oder der Anschuldigung, „Komplizen des Völkermords“ zu sein, aktiv werden. Der einzige Weg, die Arbeiter dazu zu bringen, dass sie sich den Kampf für die Befreiung Palästinas zu eigen machen, besteht darin, ihnen zu zeigen, dass die Unterstützung dieses Kampfes unerlässlich ist, um ihre eigenen Interessen gegen den gemeinsamen Feind zu verteidigen.

Die Außenpolitik Italiens steht im Dienst seiner Großunternehmen, die wiederum unter dem Schutzschirm des amerikanischen Imperiums stehen. Die italienischen Politiker (Regierung und Opposition) sind sich in einer Sache einig: Wenn Amerika einen Befehl erteilt, kann man sich beschweren, aber man gehorcht. Jetzt wollen die USA die Welt unter Druck setzen und ihre Verbündeten dazu bringen, sich wieder zu bewaffnen und sich auf neue Kriege vorzubereiten, deren Preis von den Arbeitern bezahlt wird. Um anständige Gesundheitsversorgung, Bildung und Renten zu erreichen, muss man sich gegen die EU und die NATO wehren, die das Land ausbluten lassen, und die Schulden gegenüber italienischen und ausländischen Banken und Finanzinstituten ablehnen. Um gegen die Teuerung zu kämpfen, muss man sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine wehren. Um Entlassungen und Kürzungen bei den Sozialleistungen zur Tilgung der Auslandsschulden und zur Finanzierung der Militärausgaben entgegenzuwirken, muss der reaktionäre Angriff von Trump und seinen Verbündeten zurückgeschlagen werden. Um einen guten Tarifvertrag für die Metall- und Maschinenbauindustrie zu erreichen und die Krise in diesem Sektor zu beenden, muss man die Dynamiken, die sie verursacht haben, umkehren: von der als Green Deal getarnten Umstrukturierung über Zölle bis hin zur Reshoring-Initiative der US-Regierung. Um sich wirklich zu verteidigen, muss man sich dem Imperialismus widersetzen: ***Nieder mit der Europäischen Union! Nieder mit der NATO! Schließt die Stützpunkte! Kein Mann und kein Cent für die italienische Armee!***

Viele marxistische Gruppen betonen zu Recht, dass „die einzige Möglichkeit, den Völkermord wirklich zu stoppen, darin besteht, die wirtschaftlichen Interessen Israels und seiner Verbündeten zu treffen, angefangen bei der Regierung Meloni“ (Pcr, Partito comunista rivoluzionario, in Deutschland RKP) oder fordern, „den Druck zu erhöhen, damit auch die Mitglieder der großen Gewerkschaften (wie der Cgil) von unten in den Kampf einbezogen werden und dass die Führungskräfte der Cgil selbst ihre Ausflüchte aufgeben und die materielle Kraft der Organisation in den Dienst eines großen Streiks für Palästina stellen“ (Fir, Frazione internazionalista rivoluzionaria, in Deutschland KgK). Sicher: Man muss die Bewegung alarmieren und die Gewerkschaftsführer zum Kampf drängen. Aber man muss allen klar machen, dass die Strategie der derzeitigen Gewerkschaftsführer darin besteht, eine entscheidende Konfrontation mit der herrschenden Klasse zu vermeiden. Selbst wenn sie sich an die Spitze von Massenstreiks stellen würden, würden sie bei jedem Schritt versuchen, diese zu zügeln und zum Scheitern zu verurteilen. Gruppen wie die Pcr oder die Fir (und sie sind sicherlich nicht die einzigen) verurteilen die „Grenzen“ der Führer, aber nicht ihre grundlegende Strategie.

Wie sieht die Strategie der Gewerkschaftsführer für Palästina aus? Streiks und Proteste organisieren, um die Herzen der imperialistischen Führer zu berühren und sie „wieder menschlich“ zu machen, wobei sie es ihnen überlassen, die Frage der Unterdrückung der Palästinenser zu lösen. Die Cgil fordert, dass „die Regierungen und internationalen Institutionen sich unverzüglich dafür einsetzen, das Geschehen zu stoppen, bis hin zur Einberufung einer Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO“. Die Usb kritisiert „die Untätigkeit der italienischen Regierung und der Europäischen Union, die sich weigern, Sanktionen gegen den Staat Israel zu verhängen, und trotz der Schwere der Lage weiterhin wirtschaftliche und institutionelle Beziehungen unterhalten“. Stattdessen müssen es die Arbeiter sein, die die Befreiung Palästinas in die eigenen Hände nehmen, indem sie sich den euro-atlantischen Imperialisten widersetzen. Es müssen die Arbeiter sein, die ihre grundlegenden Probleme (angemessene Löhne und Arbeitsplätze, Sicherheit am Arbeitsplatz, Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser usw.) lösen, indem sie die Zügel der Gesellschaft in die Hand nehmen.

Ein Appell an die Moral der Kapitalisten wird diese nicht dazu bewegen, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Israel ist als Vorposten der Imperialisten von zentraler Bedeutung, zentral für deren Teile-und-herrsche-Politik im Nahen Osten und dafür, die Interessen der USA und des Westens in einer Region zu sichern, die reich an Öl und anderen Ressourcen ist und von der aus die Imperialisten die weltweiten Seewege kontrollieren. Sie werden es nicht aufgeben.

Die Befreiung Palästinas wird nicht durch das pazifistische Geschwätz der liberalen Regierungen Europas kommen, die befürchten, den geringen Einfluss, den sie im Nahen Osten hatten, aufgrund von Trump zu verlieren. Macron und Starmer erkennen den „Staat“ Palästina an, rüsten aber Israel weiterhin auf und verhaften Hunderte von Aktivisten. Die „sozialistische“ spanische Regierung hat die Ausfuhr und den Transit von Waffen durch Spanien (unwesentliches Zeug) verboten, aber nicht über den NATO-Stützpunkt von Rota, dem größten in Europa, der den Zugang zum Mittelmeer und zum Nahen Osten kontrolliert. Schlein (Pd), Conte (5-Sterne-Bewegung) und Fratoianni (Avs – Allianz von Grünen und Linken) haben begonnen, Solidaritätsbekundungen mit Gaza zu verfassen, ohne dabei ihre euro-atlantische Loyalität aufzugeben, die die Halbinsel zu einem amerikanischen Flugzeugträger macht, und sie haben bereits die Zölle, die Erhöhung der Militärausgaben und den Kauf von Gas und Waffen aus den USA akzeptiert.

Die Pd und die Avs sind die Verkörperung all dessen, was die Arbeiter an der Linken hassen: kleinbürgerliche Politiker, die sich überlegen fühlen und abstrakte Ideale predigen, während sie auf den Arbeitern und Armen herumtrampeln. Sie sind der Grund, warum Meloni und Salvini an der Regierung sind! Um den Kampf auszuweiten, ***muss man Schlein, Conte und Fratoianni komplett fallen lassen***. Aber genau das tun weder die Gewerkschaftsführer noch die radikale Linke (von Usb bis Potere al Popolo).

Auch Gewerkschaftsführer wie Landini werden von vielen Arbeitern als Heuchler angesehen, die viel reden, aber keinen Finger gegen das Arbeitsgesetz, das Fornero-Rentengesetz, die Lockdowns und all die anderen Maßnahmen gerührt haben, die das Leben der Arbeiter ruiniert haben. Gewerkschaften sind (***sollten sein***) Massenorganisationen zur Verteidigung der Arbeiterklasse. ***Ja zu den Gewerkschaften! Nein zu den pro-kapitalistischen Führern***!

Die Bewegung für Palästina befindet sich in einer Wachstumsphase, die es ermöglicht, den Kampf gegen den Zionismus und den Imperialismus mit den Kämpfen für die Befriedigung der Bedürfnisse aller Arbeiter zu verbinden. Wir müssen in den Gewerkschaften und an den Arbeitsplätzen kämpfen, um dies zu erreichen und uns in eine Position der Stärke gegenüber der Regierung und den Bossen zu bringen. ***Das muss jetzt geschehen***, damit wir nicht wieder in die Trägheit und Katastrophe zurückfallen, in die man uns im Namen der Sozialpartnerschaft gestürzt hat.

Verteidigt die Sumud-Flottille!
Befreit Palästina!
Versenkt Meloni und Salvini!

Kirk muss erst noch widerlegt werden

Carrie Schreck/Alamy

USA, 2025: Charlie Kirk debattiert mit Studenten

Dieses Extrablatt von Workers Vanguard*, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., erschien am 22. September.*

Die Nachwirkungen der Ermordung des reaktionären Ideologen Charlie Kirk haben gerade erst begonnen. Eines ist jedoch klar: Die anfänglichen Jubelrufe in den sozialen Medien waren mehr als bescheuert, denn eine ohnehin schon schlechte Situation verschlimmert sich rapide. Wir werden sicherlich nicht um ihn trauern, aber er hätte nicht getötet werden sollen.

Jetzt hat die Rechte – sowohl in den USA als auch international – einen Märtyrer. Trump und seine Berater riefen umgehend zu einem Rachefeldzug gegen die Linke auf. Von MAGA-Aktivisten bis hin zu echten Faschisten griffen alle diesen Schlachtruf auf. Am Tag nach Kirks Tod wurden mehrere historisch schwarze Colleges aufgrund physischer Drohungen abgeriegelt. Es bahnt sich ein brutales Vorgehen gegen alle an, die als Hindernis für Trumps Agenda angesehen werden – nicht zuletzt gilt das für Arbeiter aller politischen Lager, die gegen ihre miserablen Bedingungen protestieren.

Individueller Terror ist niemals der Weg nach vorne und führt immer zu größerer staatlicher Repression. Aber in einigen Fällen, wie in diesem, verstärkt er die politische Polarisierung des Landes erheblich und bringt den Unterdrückten nur Unheil. Im Gegensatz dazu fand die Tötung des CEOs von UnitedHealthcare Ende letzten Jahres quer durch das politische Spektrum einen gewissen Anklang – aus gutem Grund. Als Chef eines parasitären Unternehmens, das Millionen Menschen lebensrettende Gesundheitsversorgung verweigerte, hatte er jede Menge Blut an den Händen. Das konnte man von Kirk nicht sagen, der sich durch sein scharfes Auseinandernehmen liberaler Ansichten in Debatten an Hochschulen einen Namen gemacht hatte.

Kirk war selbstgefällig und selbstsicher in seiner Argumentation, insbesondere wenn die Liberalen ihn einfach als rassistisch, transphob usw. abstempeln wollten. Diese Attribute trafen zwar zu, aber die Versuche, ihn zu beschämen, haben Kirk weder widerlegt noch seine Anziehungskraft gemindert. Diese Auseinandersetzungen waren symbolisch für die aktuelle politische Lage. Der bisherige liberale Status quo, der für die herrschende Klasse seine Nützlichkeit verloren hat, ist endgültig vorbei; die Rechte hat nun fest die Macht inne. Kirks Gegner sehen im Großen und Ganzen keine andere Möglichkeit, als zu verzweifelten Maßnahmen zu greifen. Seine Ermordung war genau das und in gewisser Weise die logische Fortsetzung der „Cancel Culture“, die darauf abzielt, gegensätzliche Standpunkte mundtot zu machen, anstatt sie zu widerlegen. Und genau wie die leeren moralischen Ermahnungen der Liberalen festigt dies, wenn überhaupt, nur die Unterstützung für Kirks widerwärtige Ansichten.

Ein sicheres Zeichen für die Unfähigkeit der Liberalen, Kirk zu widerlegen, war und ist, dass sie ihn gemeinhin als Faschisten brandmarken. Kirk war nicht der Anführer einer mörderischen Bande – was eine faschistische Organisation ja ist –, auf die die herrschende Klasse zurückgreift, wenn sie sich politische Debatten nicht mehr leisten kann. Diese Schocktruppen der Reaktion müssen entschlossen zerschlagen werden, auch durch bewaffnete Selbstverteidigung, wo dies nötig ist. Das trifft jedoch nicht auf Kirks Turning Point USA (TPUSA) zu, eine schnell wachsende konservative Mainstream-Jugendbewegung an Universitäten im ganzen Land. Ihr Programm ist unverkennbar reaktionär, aber Kirk rekrutierte keine Studenten, um Linke und Minderheiten zu töten oder Gewerkschaften physisch zu zerschlagen. Vielmehr ging er mit rückständigen Ideen hausieren, die ***entlarvt und politisch besiegt werden müssen***.

Eine echte Antwort der Arbeiterklasse

Kirks Argumente müssen noch beantwortet werden. Die Liberalen, die soziale Probleme als grundlegend moralischer Natur betrachten, waren dazu nicht in der Lage. Sie haben sich nur in Widersprüche verstrickt und am Ende die Realität geleugnet. Bis heute hat die marxistische Linke es nicht besser gemacht, vor allem, weil sie sich seit langem dem liberalen Rahmen verschrieben hat. Drehen wir also den Spieß um und beginnen wir, einige der kontroverseren Aussagen von Kirk auseinanderzunehmen:

> „Hätten wir gesagt, dass Joy Reid, Michelle Obama, Sheila Jackson Lee und Ketanji Brown Jackson aufgrund von Affirmative Action [Quotenregelung zur Förderung von Minderheiten] ausgewählt wurden, hätte man uns als Rassisten bezeichnet. Aber jetzt treten sie selbst an die Öffentlichkeit und sagen es für uns ... sie sagen, dass sie nur aufgrund von Affirmative Action hier sind. Ja, das wissen wir. Ihr habt nicht die geistige Kapazität, um wirklich ernst genommen zu werden. Ihr musstet euch den Platz eines Weißen stehlen“ (Podcast *The Charlie Kirk Show*, 13. Juli 2024).

Dieses Juwel wird seit Kirks Tod vielfach zitiert. Der typische Austausch darüber folgt einem bekannten Muster.

Liberale: Kirk war ein Rassist, der schwarze Frauen als geistig unfähig diffamierte. Rechte (siehe Vizepräsident JD Vance als Moderator von Kirks Podcast aus dem Weißen Haus): Nein, das hat er nicht gesagt; er sprach von diesen vier bestimmten schwarzen Frauen. Liberale: Nun, Kirk ist ein Rassist, weil er die Intelligenz dieser vier schwarzen Frauen beleidigt hat, und Vance ist ein Rassist, weil er ihn verteidigt. Und so fühlen sich die Liberalen gut, während die Rechten versprechen, ihnen die Hölle heiß zu machen – und nichts wird aufgeklärt.

Auf einer Ebene ist es nicht so schwer, Kirks Argumentation zu widerlegen. Plätze, sei es an einer Eliteuniversität oder in einem hochkarätigen Job, wurden noch nie ausschließlich oder auch nur hauptsächlich aufgrund der geistigen Leistungsfähigkeit vergeben. Vetternwirtschaft und Geld spielen hier eine ziemlich große Rolle. Unzählige Weiße bekleiden Positionen, die sie nur aufgrund ihrer Herkunft erreicht haben. Darüber hinaus haben Manager, wie fast jeder Arbeiter bestätigen kann, in der Regel keine große Ahnung davon, was nötig ist, um einen Job richtig zu erledigen, aber sie brüllen Befehle und spielen sich auf, als hätten sie etwas wirklich Wertvolles beizutragen. Und es gibt viele Politiker auf beiden Seiten des politischen Spektrums, Bundesrichter unterschiedlicher politischer Ausrichtung und Kommentatoren bei Fox News und MSNBC, die alles andere als die hellsten Köpfe sind.

Aber diese Beobachtungen kratzen nur an der Oberfläche, und wir täten gut daran, tiefer zu graben. Kirk nimmt nicht vier zufällige schwarze Frauen ins Visier, sondern Mitglieder der schwarzen Elite, deren Interessen und Perspektiven weit von denen der schwarzen Massen entfernt sind. Und es handelt sich nicht nur um vier zufällige Mitglieder der schwarzen Elite, sondern um starke Verfechter der alten liberalen Ordnung, die sich mit edlen Idealen schmückte, während weiße und alle anderen Arbeiter (einschließlich der meisten Schwarzen) wirtschaftlich untergingen.

Die Wahl von Barack Obama (dessen Pressesprecherin Reid bei seiner Kampagne 2008 war) sollte „Hoffnung und Wandel“ bringen und den fast vollständigen Wandel des Landes zu einer postrassistischen Gesellschaft signalisieren. Stattdessen wurde einfach ein Schwarzer zum Aufseher der Plantage befördert. Die Obama-Regierung konzentrierte ihre ganze Energie darauf, die Banker und Bosse auf Kosten der Arbeiter aus der großen Finanzkrise zu befreien – und Schwarze waren die ersten, die aus ihren Häusern und Jobs geworfen wurden.

Je weniger die Liberalen den Arbeitern und Armen materiell zu bieten hatten, desto mehr neigten sie zu großartigen „Woke“-Gesten, um an der Macht zu bleiben. So versprach Biden in seinem Wahlkampf 2020, die erste schwarze Richterin am Obersten Gerichtshof zu ernennen – und erwählte dazu später Jackson, unter großem Tamtam aus dem Weißen Haus, während die meisten Menschen unter der grassierenden Inflation litten, die er angeheizt hatte. Lee war eine treue Verbündete sowohl von Biden als auch von Obama. Kurz gesagt, diese vier schwarzen Frauen spielten eine führende Rolle im Namen eines Flügels der herrschenden Klasse, die den Großteil der Bevölkerung unterdrückte – nicht zuletzt die schwarze Bevölkerung. Das sind keine Erfolgsgeschichten, die man bejubeln kann.

Als der Oberste Gerichtshof die Affirmative Action nach Rassenzugehörigkeit bei der Zulassung zu Universitäten verbot (und Kirk die oben zitierte Bemerkung machte), sprachen sich die erstgenannten drei Frauen öffentlich als ehemalige Begünstigte für solche Programme aus, und Jackson veröffentlichte eine scharf formulierte abweichende Meinung gegen das Verbot. Hier liegt das grundlegende Problem: Liberale Initiativen zur positiven Diskriminierung, die im Namen der Wiedergutmachung historischer Verbrechen umgesetzt werden, können nichts dergleichen bewirken. Sie führen jedoch garantiert zu Spannungen, die in einer massiven Gegenreaktion gegen die historisch unterdrückte Bevölkerung explodieren, insbesondere in einer stagnierenden Gesellschaft.

Wie kommt das? Bei einer festen Anzahl von vorhandenen Studienplätzen an einer Universität geht die Bevorzugung eines schwarzen Studenten auf Kosten von weißen und anderen nicht-schwarzen Bewerbern. Das Gleiche gilt für DEI-Maßnahmen [Vielfalt, Chancengleichheit, Inklusion] bei Einstellungen. Unter dem Druck einer niedergehenden Wirtschaft musste diese Konkurrenz, insbesondere um begehrte Positionen, sich zwangsläufig verschärfen und überkochen. Hinzu kommt, dass diese symbolischen Maßnahmen immer nur Lippenstift auf dem hässlichen Gesicht des segregierten Amerikas waren. Sie gaben der relativ kleinen schwarzen Mittelschicht einen kleinen Schub inmitten der sich verschärfenden Segregation bei Wohnungen, Bildung und anderen Bereichen. Aus Sicht der herrschenden Klasse waren Affirmative Action und DEI Mittel, sich im Glanz der Vielfalt zu sonnen, um so besser den Dreck der rassistischen Unterdrückung aufrechtzuerhalten und die Arbeiterklasse zu spalten – bis die Herrschenden dann kürzlich be-

Jim Watson/getty

jdwfoto/Shutterstock

Obama, Merkel & Co. haben Unterdrückten außer liberalen Floskeln nichts zu bieten. Rechts: Michelle Obama, Teil der schwarzen Elite, verdeckt das hässliche Gesicht der Rassentrennung in den USA

schlossen, die liberale Fassade ganz fallen zu lassen.

Kirk spielte auf den Schwindel an, der im Kern von Affirmative Action und DEI steckt. Die Liberalen erwarten von den weißen Werktätigen, dass sie aus moralischer Verpflichtung gegenüber anderen das Schrumpfen ihrer eigenen Chancen einfach hinnehmen. Kirk wollte damit jedoch die falsche Schlussfolgerung verbreiten, dass es heute in den USA keinerlei Hindernisse für den Aufstieg von Schwarzen gäbe außer ihrer angeblichen „Opfermentalität" und den von ihm als kulturelle Probleme bezeichneten Phänomenen, etwa abwesende Väter. In letzterem Punkt stimmte er gewissermaßen mit Obama überein; und wie dieser stellte auch Kirk die USA gerne als postrassistisch dar. Während also die Liberalen weiße Jugendliche und Arbeiter („weiße Privilegien") für die miserablen Lebensbedingungen von Schwarzen verantwortlich machen, gab Kirk den Schwarzen selbst die Schuld daran und warf ihnen vor, dass sie dadurch weiße Jugendliche und Arbeiter zurückhielten. In beiden Fällen werden weiße und schwarze arbeitende Menschen gegeneinander ausgespielt, und genau der Teil der Gesellschaft, der wirklich für den schlechten Status der schwarzen Bevölkerung in Amerika, die Ausbeutung der weißen Arbeiter und die düsteren Aussichten für die jüngeren Generationen verantwortlich ist – die herrschende Klasse, die das Sagen hat –, kommt ungeschoren davon. Tatsächlich segregieren sie die Schwarzen gewaltsam am unteren Ende der Gesellschaft, um die Arbeiter besser gegeneinander aufzuhetzen und die Standards für akzeptable Arbeitsbedingungen für weiße Arbeiter zu senken.

Es gibt einen Ausweg aus diesem Kreislauf: für mehr besser bezahlte Arbeitsplätze und bessere Bedingungen für alle zu kämpfen und die Türen der Spitzenuniversitäten weit zu öffnen. Dafür muss sowohl gegen die Liberalen als auch gegen Trump gekämpft werden, der eifrig dabei ist, neue Wege zu finden, um die Position der Bosse zu stärken, indem er fast alle anderen in den Boden trampelt. Um diesen Kampf zu gewinnen, muss eine möglichst starke Kraft gebildet werden, die auf der Einheit gegen den gemeinsamen Feind basiert. Weiße Arbeiter werden sich dem Kampf der Schwarzen nicht aus moralischer Verpflichtung anschließen, sondern um ihre eigenen materiellen Interessen voranzubringen; und Schwarze werden sich nicht aus blindem Vertrauen mit weißen Arbeitern zusammenschließen, sondern um vorwärtszukommen gegen ihre eigene Segregation.

> „Es gab Böses, es [Jim Crow, offizielles System der Rassentrennung] war schrecklich, aber schwarze Amerikaner sind heute, im Jahr 2024, ärmer als in den 1950er-Jahren" (Kirk, Jubilee „*Surrounded*", 8. September 2024).

Kirk trieb immer Schindluder mit Fakten, um sein Narrativ voranzutreiben, hielt aber gleichzeitig an einigen Elementen der Wahrheit fest, um Vorwürfe der Lüge abzuwehren. Dies war ein solcher Fall, der darauf abzielte, die Liberalen wirklich zu provozieren. Technisch gesehen sind Schwarze heute zwar nicht ärmer als damals, aber die anhaltende tiefe Armut in den schwarzen Innenstädten und ländlichen Gebieten ist für alle offensichtlich – und er fragte ja nur, warum das trotz der Verabschiedung des Civil Rights Acts und anderer „antirassistischer Gesetze" so sei.

Diese Frage war eine frontale Herausforderung für die liberale Sichtweise der Bürgerrechtsbewegung. Als Reaktion darauf bezeichneten die Liberalen ihn als Rassisten, weil er Jim Crow verteidige (was er nicht tat) oder weil er selbst „den Opfern die Schuld gab". Aber sie wollten sich beileibe nicht mit der unangenehmen Wahrheit auseinandersetzen: Die von den Liberalen angeführte Bürgerrechtsbewegung war nicht darauf ausgerichtet, die Bestrebungen der schwarzen Massen zu erfüllen, sondern darauf, der schwarzen Elite die Tür zu öffnen. So beschränkten sich ihre Errungenschaften auf formale demokratische Rechte,

Workers Vanguard

Baltimore, Oktober 2024, streikende Hafenarbeiter. Gewerkschaften müssen gestärkt werden, um Gleichberechtigung der Schwarzen voranzutreiben

während sich die grundlegenden Lebensbedingungen – insbesondere in den Schlüsselbereichen Arbeit, Löhne, Wohnen und Bildung – für die überwiegende Mehrheit der schwarzen Bevölkerung verschlechterten. Bei der Rassentrennung geht es darum, die schwarzen Massen gewaltsam am unteren Rand der Gesellschaft zu halten – und Jim Crow war einer der Mechanismen dafür.

Angesichts der massiven sozialen Kämpfe konnte die herrschende Klasse die gesetzliche Rassentrennung aufgeben, weil sie dadurch auf internationaler Ebene ihr Image verbessern konnte – was dringend nötig war –, aber die Stiefel, mit denen sie Schwarze niedertrampelte, benutzt sie weiterhin. Die herrschende Klasse wird niemals zulassen, dass die schwarzen Massen sich einfach so erheben – denn damit würde sie ihre stärkste Waffe zur Schwächung der gesamten Arbeiterklasse aufgeben. Deshalb wurde die liberale Bewegung jäh gestoppt, als sie nach der Abschaffung der Jim-Crow-Rassentrennung im Süden und der Verabschiedung „antirassistischer" Gesetze wie dem Civil Rights Act von 1964 in den Norden vordrang. Die Bürgerrechtsbewegung konnte die Segregation bei den grundlegenden Lebensbedingungen nicht beseitigen, solange die liberale Führung den Kampf mit Händen und Füßen an einen Flügel der herrschenden Klasse kettete. Bis heute werden Schwarze in allen vier Schlüsselbereichen und darüber hinaus am unteren Ende der Gesellschaft festgehalten.

Um diese Situation zu ändern, ist eine tatsächliche Kollision mit den Interessen der herrschenden Klasse nötig, nicht eine Änderung der Denkweise der Menschen, sei es durch liberale Privilegienkontrolle oder Kirks „Familienwerte". In dieser Hinsicht spielt der seit den 1950er-Jahren niedergehende Status der Arbeiterbewegung eine sehr große Rolle dabei, dass Schwarze nicht aus der Armut ausbrechen können. Die Gewerkschaften haben unter ihrer eigenen liberalen Führung eine lange Phase der Niederlagen und Stagnation durchlaufen, die bis in die frühen 1980er-Jahre zurückreicht, als Angriffe auf die begrenzten Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung an Fahrt gewannen. Das ist kein Zufall: Weiße Arbeiter werden aufgrund des Abwärtsdrucks auf ihre Lebensbedingungen niemals in der Lage sein, deutlich über die unterste Schicht der

Fortgesetzt auf Seite 20

Spartacist- Arbeiterkonferenz

Folgender Artikel erschien zuerst in Workers Vanguard *Nr. 1186, Zeitung der Spartacist League/U.S.*

„Was sollen wir jetzt tun?“ Diese Frage beschäftigte Dutzende von Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich im Sommer auf der von der Spartacist League/U.S. organisierten Arbeiterkonferenz versammelt hatten. Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen des Landes und hatten unterschiedliche Beziehungen zur Partei, obwohl die meisten von Gewerkschaftskomitees kamen, die von der SL/U.S. unterstützt werden. Andere kamen aus Mexiko, Kanada, Britannien und Deutschland und brachten ihre Erfahrungen als Gewerkschaftsvertreter und Aktivisten ein in dieser zunehmend reaktionären Periode ein halbes Jahr nach Beginn von Trumps zweiter Amtszeit.

Ziel der Konferenz war es, in einer Zeit, in der sich viele Arbeiter „mit dem Rücken an die Wand gedrückt“ fühlen und Bemühungen von Militanten, die Kämpfe voranzutreiben, weitgehend ins Stocken geraten sind, Analysen und Orientierung zu liefern. Die Versammlung sollte den Teilnehmern helfen, sich über Wasser zu halten, ihre Kolleginnen und Kollegen auf bevorstehende Angriffe vorzubereiten und in der Lage zu sein, Verteidigungskämpfe zu organisieren, wenn sich Gelegenheiten ergeben. Selbst bescheidene Verteidigungsmaßnahmen – wie die Kampagne zur Wiedereinstellung des Zugführers Andy Valentine bei New York City Transit – können ein Gefühl der Zusammengehörigkeit vermitteln und Impulse für die Schmiedung einer neuen Gewerkschaftsführung geben, die für die Interessen der Arbeiter kämpft. Wenn ein Vorschlag, etwas zu tun, keine Zustimmung findet, ist es kein Verrat, sondern notwendige Selbsterhaltung, einen Schritt zurückzutreten und sich neu zu formieren.

In den vielen Gesprächen tauschte sich u. a. eine Kollegin, die in einem Krankenhaus in New York City arbeitet, mit einem Bauarbeiter aus dem überwiegend weißen ländlichen Mittleren Westen aus. Sie bemerkte, dass sie aus „entgegengesetzten Enden des amerikanischen Albtraums“ kommen, in dem Arbeiter aller Hautfarben „überall Armut“ erleben, aber extrem polarisiert sind entlang reaktionärer Linien wie Demokraten versus Republikaner. Der Bauarbeiter erinnerte sich, dass er „Agitations-Marathons“ veranstaltet habe, um Arbeitskampfmaßnahmen zu organisieren, und „nichts damit erreicht“ habe. „Ich muss geduldig sein und weiter mit der Partei auf Leute zugehen“, sagte er später. „Ich muss vorsichtig sein und Gelegenheiten nutzen“, um die Arbeiter zu gemeinsamen Aktionen zu mobilisieren, und auf der parteiübergreifenden Wut über die Misshandlungen durch Vorarbeiter und Bauunternehmer aufbauen.

Die Bekämpfung der Spaltungen – entlang Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Rang, Handwerk, Geschlecht und mehr –, die von den Bossen geschürt und von den Bürokraten verstärkt werden, ist entscheidend für die Umwandlung der Gewerkschaften in aktive Verteidigungsorganisationen, insbesondere im aktuellen Klima. Vor diesem Hintergrund wurde auf der Konferenz das eskalierende brutale Vorgehen der ICE [US-Behörde Immigration and Customs Enforcement] gegen Einwanderer diskutiert, was bei vielen in den USA geborenen Arbeitern Unterstützung findet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Gewerkschaftsführung den Mitgliedern sagt, sie sollten sich den maskierten Bewaffneten, die Busse kapern oder Arbeitsstätten stürmen wollen, vollständig fügen. Wie ein anderer Bauarbeiter betonte, sie „denken, dass sich zu fügen Überleben bedeutet, aber in Wirklichkeit ist es ein Todesurteil“ für die Arbeiter. „Das kettet uns an unsere Klassenfeinde.“

Wenn Arbeiter nicht bereit sind, sich gegen die ICE zu wehren, können Militante ihr Vertrauen in die Kraft kollektiver Aktionen stärken, indem sie Kämpfe gegen unmittelbar spürbare Angriffe der Bosse initiieren und gleichzeitig Wege finden, um zu vermitteln, dass die Verteidigung von Einwanderern eine Verteidigung ***aller*** Arbeiter ist. Wie ein Gewerkschaftsaktivist aus dem Süden es ausdrückte: Nutzt „jede kleine Gelegenheit, um eure Muskeln spielen zu lassen, versucht, einen kleinen Sieg zu erringen, wenn ihr könnt. Man kann keine schweren Dinge heben, wenn man nicht gelernt hat, seine Muskeln zu trainieren.“ Die Durchsetzung von Sicherheitsstandards ist ein möglicher Hebel, um den Anweisungen der Bürokraten, ICE zu unterstützen, entgegenzuwirken. In New York City dürfen Zugführer beispielsweise einfach ohne Halt einen Bahnhof durchfahren, wenn eine eindeutige Gefahr oder Polizeitätigkeit auf dem Bahnsteig im Gange ist. Ähnlich erklärte ein Kollege aus dem Nahverkehr: „Ein Busfahrer ist wie

John Angelillo/UPI

Protest von Bundesangestellten gegen drohende Massenentlassungen in New York am 19. Februar

der Kapitän eines Schiffes“ und hat die Pflicht, seine Fahrgäste zu schützen.

Die Teilnehmer diskutierten auch liberale kontra klassenkämpferische Antworten auf Rassismus. Die Liberalen geben weißen Arbeitern die Schuld für die Unterdrückung der Schwarzen und appellieren an die Regierung der Bosse, Abhilfe zu schaffen – also genau an diejenigen, die die Rassentrennung erzwingen. Das schwächt nur die Gewerkschaft und macht weiße Arbeiter zu Trump-Anhängern. Militante Klassenkämpfer versuchen, weiße Arbeiter zu mobilisieren, um gegen die Mechanismen, die schwarze Arbeiter am Boden halten, zu kämpfen, und zwar auf eine Weise, die allen zugutekommt; sie erklären, dass Angriffe auf Schwarze heute, wenn nicht dagegen vorgegangen wird, den Klassenfeind ermutigen, morgen ***alle*** Arbeiter anzugreifen; sie reagieren sofort auf jede rassistische Provokation am Arbeitsplatz.

Einer von mehreren Workshops befasste sich mit der Kandidatur für Gewerkschaftsämter. Gewerkschaftswahlen bieten Militanten eine Arena, um zu testen, wie bereit ihre Kolleginnen und Kollegen sind, ernsthaft für die Stärkung der Gewerkschaft zu arbeiten – und geben die Möglichkeit, eine Position zu erlangen, um diese Perspektive in der Praxis besser verfolgen zu können. Das setzt jedoch voraus, dass Kandidaten ein Programm vorlegen, das unmittelbare Maßnahmen mit weiterreichenden verbindet – also ein Programm, das die empfundenen Bedürfnisse aufgreift, um die Arbeiter in eine Richtung zu orientieren, wie sie ihre Ziele tatsächlich erreichen können. Jeder entsprechende Plan zur Verbesserung der Kampfkraft der Gewerkschaft – Spaltungen zu überwinden, Verbindungen zu anderen Schichten der Klasse zu schmieden und die Gewerkschaft auf eigene Füße zu stellen gegen die Bosse – wird der Bürokratie ganz und gar nicht gefallen.

In der gegenwärtigen Phase wird der Druck groß sein, die Perspektive zu verengen und sich ganz auf Fragen direkt am Arbeitsplatz zu beschränken. Diesem Druck muss bewusst widerstanden werden (ebenso wie der reflexartigen Reaktion, einfach nur die rote Fahne zu schwenken, ohne damit etwas zu erreichen). Ein Mitglied des Komitees zur Beendigung der Lohnstaffelung in der ILWU betonte, dass Militante ein Programm auf der Grundlage der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse vorlegen müssen oder vielleicht gar nicht kandidieren sollten, wenn sie nicht offen eine Linie gegen die prokapitalistische Führung ziehen können.

Weitere auf der Konferenz diskutierte Lehren:

Kämpft für Gewerkschaftssolidarität gegen Individualismus. Aufgrund des Verrats der Gewerkschaftsführung müssen militante Arbeiter Grundprinzipien, die einst selbstverständlich waren, wieder aufstellen und Kollegen für eine breitere Perspektive gewinnen. Verpfeift niemals jemanden an die Bosse. Verteidigt Arbeiter gegen Schikanen. Trefft euch niemals mit der Geschäftsleitung, ohne dass ein Gewerkschaftsvertreter dabei ist. Streikpostenketten werden nie überquert. Neue Kollegen und Auszubildende müssen gleich am ersten Tag in die Gewerkschaft aufgenommen werden. Organisiert die Unorganisierten, egal was ihr Einwanderungsstatus ist. Schluss mit der Segregation nach Rasse, Rang und Beruf. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Niemals darf die Regierung in einen Konflikt innerhalb der Gewerkschaft hineingezogen werden.

Baut eure Autorität auf. Seid niemals eine Belastung für eure Kollegen, arbeitet sicher und seid pünktlich. Teilt euer Wissen mit anderen Kolleginnen und Kollegen und hört ihnen aufmerksam zu. So verdient ihr euch ihren Respekt, was es für die Bosse schwieriger macht, euch zu verleumden, und die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Kollegen euch verteidigen, wenn ihr ins Visier genommen werdet.

Lernt Überlebenstechniken. Seid vorsichtig damit, große Kämpfe gegen die Bosse und Gewerkschaftsbürokraten zu starten, es sei denn, die Arbeiter stehen hinter euch. Sucht euch eine andere Front, an der die Arbeiter bereit sind zu kämpfen, und leitet diesen Kampf an als ersten Schritt zur Vorbereitung der Arbeiter auf größere Kämpfe. Schaut euren Vertrag genau an, studiert die Gewerkschaftssatzung und die Roberts Rules of Order [Handbuch zur Organisierung von Versammlungen]. Lasst alles ins Spanische und/oder andere Sprachen übersetzen, damit eure Kollegen in jeder Situation den effektivsten Weg zur Verteidigung bestimmen können.

Zeigt, wie die Unterstützung des US-Imperialismus die amerikanische Arbeiterschaft schwächt. Nur wenige Arbeiter werden bereit sein, gegen die Verwüstungen der US-Herrscher im Ausland vorzugehen, es sei denn, sie sehen, wie ihnen dies nützt. *Workers Vanguard* hat sehr konkret aufgezeigt, wie die ILA-Führung durch ihre Unterstützung des US-Imperialismus den Gewerkschaftskampf sabotiert hat – nämlich durch ihre Zusage, während des Streiks der Gewerkschaft im Oktober 2024 weiterhin Militärgüter zu verladen.

Vor einigen Monaten feuerte die Columbia University den Präsidenten der Studierendenvertretung der Graduierten, der auch ein pro-palästinensischer Aktivist ist. Die Angriffe auf Gegner des Völkermords in Gaza gingen Hand in Hand mit Angriffen auf Gewerkschaften an den Universitäten und Kürzungen im Bildungsbereich. Diese Unterdrückung abweichender Meinungen und die scharfen Angriffe auf Gewerkschaften werden sich wie ein Lauffeuer auf andere Bereiche der Arbeiterbewegung ausbreiten, wenn sie nicht bekämpft werden.

Bildet euch weiter. Ihr könnt die Arbeiter nicht zum Sieg führen, wenn ihr nicht von den Revolutionären lernt, die vor euch da waren. In diesem Sinne gab es im Vorfeld der Konferenz einen Tag der Offenen Tür in der Prometheus Research Library, bei dem die versammelten Aktivisten dazu ermutigt wurden, die PRL als wichtige Informationsquelle zu nutzen. (Einen Katalog der Bestände findet ihr unter prl.org.) Ein Fabrikarbeiter wurde dazu inspiriert, nach der Konferenz *ABC des Kommunismus* zu lesen. Er beschrieb seine Überraschung darüber, wie präzise dieses hundert Jahre alte Buch „jodidez“ [die Scheiße] beschreibt, mit der die Arbeiter heute konfrontiert sind: „Es ist, als wäre die Zeit stehen geblieben.“

Die Veranstaltung war sowohl für die Partei als auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter eine lehrreiche Erfahrung. Wie ein Arbeiter im Bildungswesen betonte, ging es bei der Veranstaltung um die „Notwendigkeit, dass Gewerkschaftsaktivisten die Partei in der Realität verankern“, damit die Partei ein revolutionäres Programm in Wort und Tat wirksam vertreten kann, und darum, dass „die Parteigenossen die Zielsetzung bei den Arbeitern weitervertiefen, damit sie nicht von den Kleinigkeiten des Alltags aufgesogen werden“. Der Rat des amerikanischen trotzkistischen Führers James P. Cannon an eine Bergarbeiterkonferenz der Workers Party im Jahr 1924 gilt auch heute noch:

> „Unser revolutionäres Ziel gestaltet unsere Politik im täglichen Kampf… Wehe uns, wenn wir so ‚praktisch‘ werden, dass wir dies auch nur für einen Moment vergessen. Unsere gesamte Arbeit muss in Richtung der proletarischen Revolution führen. Wenn wir das immer im Gedächtnis behalten und unsere tagtägliche Arbeit an diesem Standard messen, werden wir auf dem richtigen Weg bleiben.“ („Unsere Ziele und Taktiken in den Gewerkschaften“, 27. Juli 1924, abgedruckt im deutschsprachigen *Spartacist* Nr. 18, Frühjahr 1997) ■

IKL und SpAD zur Arbeiterbewegung

YOUR PARTY

LIBERALE RAUS

GEWINNT DIE ARBEITER

Müllarbeiter-Streik in Birmingham, 25. Juli

Workers Hammer

Der nachfolgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Hammer *Nr. 256, Herbst 2025, Zeitung der Spartacist League/Britain.*

Der Hass auf Starmers Labour Party erreicht neue Höhen, Farage verhandelt mit den Taliban über die Abschiebung von Flüchtlingen, und die am Boden liegenden Tories

WORKERS HAMMER

versuchen ihre Basis zurückzugewinnen, indem sie Farage übertrumpfen und versprechen, dass sie nicht nur Männer, sondern auch, anders als dieser Weichling Farage, Frauen und Kinder nach Afghanistan abschieben werden!

Angesichts dieses völlig miserablen Zustands der britischen Politik ist die Gründung von Your Party durch Jeremy Corbyn und Zarah Sultana in der Tat eine willkommene Entwicklung. Sie bietet eine echte Chance, eine linke Alternative zum Status quo zu schaffen, die Arbeiter von der Rechten abwerben und den Vormarsch von Farages Reform UK stoppen kann.

Aber das wird kein automatischer Prozess sein; der Weg dorthin ist ein einziges Minenfeld. Zunächst einmal gewinnt die Rechte an Boden, aber darüber hinaus leugnen auch noch viele Linke und Aktivisten, wie sehr die Linke in der Arbeiterklasse diskreditiert ist. Als ob das noch nicht schlimm genug wäre, gehen die meisten die Sache verkehrt an und diskutieren nicht als erstes die Gründe für die Kluft zwischen der Linken und den Arbeitern (aus Corbyns Politik etwas gelernt?), sondern streiten über organisatorische Fragen und darüber, ob man für die Struktur den Föderalismus, gleiches Stimmrecht für alle oder den Losentscheid (wie soll das denn gehen?) bevorzugen sollte.

Es scheint eine große Illusion zu geben, dass die Arbeiterklasse durch gute und demokratisch beschlossene Losungen über Frieden, Gerechtigkeit, Antirassismus, Anti-Austerität und Sozialismus wie eine Motte vom Licht angezogen wird, dass sich alle zusammenschließen und vereinigen werden – Einwanderer, Minderheiten, weiße Arbeiter, Pro-Palästinenser, Transmenschen, Feministinnen, Umweltschützer und alle anderen, die genug haben vom kaputten Britannien. Unterdessen liefern sich Corbyn und Sultana heftige Cliquenkämpfe, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, und es gibt eine neue Kontroverse um die Transgender-Frage. Das ist, gelinde gesagt, kein guter Start.

Wenn es so weitergeht, könnte das Ganze in einer Katastrophe enden. Um erfolgreich zu sein, muss Your Party als ernstzunehmender Herausforderer von Reform UK hervortreten. Das kann sie nur, indem sie sich als Partei der Arbeiterklasse versteht, was bedeutet, dass sie verstehen muss, was die Arbeiterklasse nach rechts getrieben hat, dass sie ihre Lehren daraus zieht und diese Fehler nicht wiederholt.

Außerdem muss sie eine harte Haltung einnehmen bei der Verteidigung *aller* Unterdrückten.

Die Aktivisten von Your Party müssen die organisatorischen Streitigkeiten und Revierkämpfe beiseitelassen und echte Antworten auf die schwierigen Fragen geben, die Britannien polarisieren: Einwanderung, zunehmender Ethnonationalismus, Anti-Transgender-Hysterie, Außenpolitik und der Zustand der Wirtschaft. Wenn es nicht gelingt, Lösungen für diese Probleme aus Sicht der Arbeiterklasse zu finden, ist das Scheitern der neuen Partei garantiert, was die Linke zu einer noch größeren Witzfigur machen und nur die Rechte stärken würde. Kurz gesagt: Your Party muss die Arbeiter für sich gewinnen!

Wie der Liberalismus die Arbeiter nach rechts trieb

Wenn die Strategie von Reform UK, die weiße Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, darin besteht, die Stimme gegen das Establishment zu sein, warum ist es dann der Linken nicht gelungen, dasselbe zu tun? Sicherlich wird die Linke, wenn sie konsequent über Austerität und den Kampf gegen die Bosse spricht, auch zu einer Stimme gegen das Establishment. Warum hat sie dann nicht von der Unzufriedenheit mit dem System profitiert?

Die kurze Antwort lautet: Liberalismus. Aber „Was ist Liberalismus?“ fragen die Leute immer. Ist es nicht gut, liberal zu sein, „progressiv“ zu sein? Liberal***ismus*** ist die Nutzung „progressiver“ Ideen durch die herrschende Klasse, also die City of London, um ihre eigenen Interessen auf Kosten der Arbeiter voranzutreiben. Seit Jahrzehnten vertreten die herrschenden Klassen in Britannien wie auch in anderen westlichen Ländern eine aufgeklärte Sichtweise zu sozialen Fragen, während sie der Arbeiterklasse eins reinwürgen, indem sie große Teile der Industrie ins Ausland verlagern, ganze Regionen ihrer Industrie berauben, Gewerkschaften zum Schatten ihrer selbst machen und Arbeiterwohnviertel dem Verfall preisgeben.

Nicht überzeugend? Denkt an New Labour zurück: Blair bombte auf Befehl des Weißen Hauses den Irak in Schutt und Asche, ging ständig gegen die Gewerkschaften vor und trieb die massive Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen voran. Gleichzeitig war der Blairismus aber auch durch sozialliberale Politik geprägt wie Antirassismus, Feministinnen im Kabinett, massive Erhöhungen der Einwanderungszahlen und das Karfreitagsabkommen. Der Blairismus bediente bestimmte Teile der Gesellschaft mit Progressivität, während er gleichzeitig offen einen Angriff nach dem anderen auf die Arbeiterklasse startete. Diese Dynamik setzte sich unter den Tories fort und führte dazu, dass viele weiße Arbeiter „woke“ Ideen hassten und über diejenigen verbittert waren, denen diese angeblich zugutekamen, d.h. ethnischen und sexuellen Minderheiten, und die sie daher für die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und den allgemeinen Zusammenbruch der Gesellschaft verantwortlich machten.

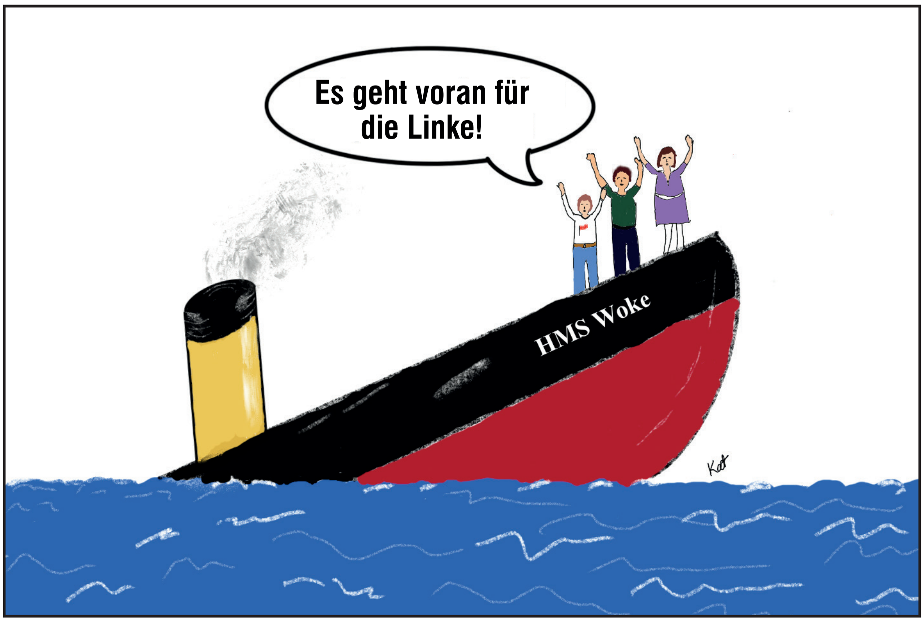
Es gibt kein besseres Beispiel dafür als die EU und den Brexit, eine entscheidende Frage für Britannien, bei der sich der Großteil des Establishments unter dem Banner „Remain“ zusammentat. Der Brexit war ein Referendum über den liberalen Status quo, der das Land schlicht und einfach zerstörte. Der Großteil der Arbeiterklasse hatte genug und wollte raus, sah sich jedoch einer Flut von Erpressungsversuchen seitens der City und der Progressiven vom *Guardian* ausgesetzt: Die Befürworter des Austritts seien Horden von rückständigen Nordländern (d.h. alle, die nördlich der Londoner Ringautobahn M25 leben) und ungebildete, immigrantenfeindliche Fanatiker, die Vielfalt hassen; kurz gesagt, Brexit-Befürworter seien Rassisten.

Diese Hysterie spaltete das Land in „rückständige Nordländer“ und „fortschrittliche Londoner“, begrub die echten Beschwerden der einheimischen Arbeiter, überließ sie Leuten wie Johnson und Farage und fesselte Einwanderer und ihre Verteidiger an den „progressiven“ Flügel der herrschenden Klasse, ihren wahren Feind!

Anstatt eine Opposition der Arbeiterklasse gegen die EU zu bilden, machten die meisten Führer der Linken und Gewerkschaften diese liberale Erpressung mit offenen Grenzen und Antirassismus in krimineller Weise nach. Dies gilt in erster Linie für Corbyn, der von seiner historischen Position „Leave“ abrückte und für „Remain“ warb, weil er es vorzog, an der Einheit mit den Blairisten festzuhalten, den stets treuen Dienern der City. So gelang es der Linken trotz aller Reden über Sozialismus und Arbeiterkämpfe nicht, sich als echte Alternative zu profilieren, weil sie völlig vom Liberalismus der herrschenden Klasse durchdrungen war. Entweder war sie unfähig zu erkennen, wie die herrschende Klasse „progressive“ Ideen nutzte, um den Rest des Landes zu ruinieren, oder sie begrüßte den Liberalismus bewusst als einen Schritt nach vorne.

In den letzten Jahrzehnten war dieselbe Dynamik bei einer ganzen Reihe von Fragen ständig am Werk, was es der Rechten leicht machte, mit giftiger Feindschaft gegen Einwanderer und LGBTQ+ die Reaktion anzustacheln. Die Gewerkschaften ihrerseits verfügen zwar über ein immenses Potenzial zur Organisierung der multiethnischen Arbeiterklasse, werden aber von Tag zu Tag mehr zu einer Farce: Sie organisieren Kampagnen gegen Rassismus und gegen alles Mögliche, sind aber unfähig, echte Erfolge zu erzielen (nein, geringfügige jährliche Lohnerhöhungen sind keine Erfolge), was die Arbeiter nur noch weiter wegtreibt. Die Streikwelle von 2022/23 war ein typisches Beispiel dafür. Sie wurde von Gewerkschaftsführern, die sich nicht dazu durchringen konnten, die Tory-Regierung von ihrer Misere zu erlösen, in eine Niederlage getrieben. Würden Starmers Labour Party oder die Rechte so mutig handeln, wenn sie Angst vor der Macht der Gewerkschaften hätten? Auf keinen Fall.

Your Party und alle, die auf sie schauen, müssen verstehen, wie es dazu gekommen ist: Jahrzehntelange Angriffe



der City unter dem Banner progressiver Ideen, ohne dass es eine glaubwürdige Kraft auf der Linken und in der Arbeiterbewegung gab, die diesem liberalen Gift grundlegend entgegenwirken konnte – *das* hat die Arbeiter zum nativistischen Gift der Rechten getrieben als der einzigen Stimme gegen Establishment und Liberalismus, und letztlich gegen Einwanderer und Minderheiten aufgebracht. Natürlich gibt es hier und da Nuancen, aber nur vorsätzliche Idioten oder Apologeten des Liberalismus und der Gewerkschaftsspitzen werden die groben Züge unserer Erklärung leugnen. (Wir begrüßen natürlich jede Debatte.) Um eine Wiederholung vergangener Fehler zu vermeiden und Einigkeit in der multiethnischen Arbeiterklasse zu schaffen, ist ein ***politischer Bruch mit dem Liberalismus*** dringend erforderlich. Und zufälligerweise ist das die *zentrale Lehre* aus dem Corbynismus.

Your Party: Warum so cliquenhaft und bürokratisch?

Eine Million Menschen haben sich in die Mailingliste von Your Party eingetragen, inoffizielle Ortsgruppen entstehen bereits, und Aktivisten veranstalten eine Reihe von (manchmal chaotischen und undemokratischen) Treffen. Gleichzeitig gibt es von Beginn an ständige Dramen zwischen den gesichtslosen und namenlosen Cliquen hinter Corbyn und Sultana. Viele befürchten zu Recht, dass Your Party sich in ein bürokratisches und fraktionelles Chaos verwandelt und sich selbst zerstören könnte. Was steckt dahinter und wie können wir das verhindern?

Die Ursache für den Bürokratismus ist die unglückliche Kombination aus ***fehlender*** Strategie und karriereorientierten Ambitionen (wer hat wirklich geglaubt, Corbyn und Sultana stünden über Karrierismus?). Ohne sinnvolle Antworten auf irgendetwas und ohne echte Unterschiede drehen sich alle Kämpfe letztendlich um zweitrangige Fragen und werden letztlich auf organisatorischer Ebene ausgetragen: Wie kann man Strukturen und Verbindungen am besten nutzen, um sich Einfluss, Führungspositionen, Geld usw. zu sichern? Politik und leere Parolen von Klassensolidarität sind bei diesen internen Machtkämpfen nur Anhängsel, die die Hoffnung der Massen am Leben erhalten sollen.

Skeptisch? Lasst uns konkret werden. Sowohl Corbyn als auch Sultana haben sich öffentlich bekämpft, wobei Sultana Corbyns Kapitulation gegenüber dem verleumderischen Vorwurf von Antisemitismus kritisierte und Corbyn sie dafür zurechtwies; sie sind sich über die Grünen nicht einig, und es gibt viele andere Themen, die drohen die Partei auseinanderzureißen, wenn sie ungelöst bleiben. Doch statt echter und offener Debatten sehen wir eine riesige Geheimniskrämerei und eine lächerliche Fokussierung auf die Parteistruktur. Corbyn will eine Föderation, d.h. einen Zusammenschluss verschiedener Einheiten und Gruppen unter dem Dach von Your Party, aber Sultana will eine „einheitlichere“ Struktur mit „One Member One Vote“ (OMOV – jedem Mitglied eine Stimme). Beide bestehen darauf, dass ihr Modell das beste für die Gewährleistung von Demokratie ist, und die „Basis“-Aktivisten wollen in schlaflosen Nächten herausfinden, welche Struktur die beste ist – schließlich haben beide ihre Vor- und Nachteile, wie soll man sich also entscheiden?

Sultanas OMOV ist auf ihr Ziel ausgerichtet, sich die gemeinsame Führung mit Corbyn zu sichern und ihre Karriere als das Gesicht der britischen Linken voranzutreiben. Wie genau hilft ihr OMOV dabei? Damit wird es nämlich möglich, sich an die Massen zu wenden (Hurra, Demokratie!) gegen die amtierenden Gewerkschaftsspitzen, unabhängigen Ratsmitglieder und Parlamentsabgeordneten und sogar gegen sozialistische Gruppen, die alle um ihr Revier (sprich: „lokale Themen“) besorgt sind. Auf der anderen Seite passt Corbyn besser das föderale Modell, weil es ihm ermöglicht, Tatendrang vorzutäuschen, während er sich der Verantwortung entzieht, harte Positionen vermeidet und eben Corbyn bleibt (d.h. ein Vermittler). In Wirklichkeit ist beides von Natur aus nicht demokratisch, da beides den Interessen dieser beiden großen Führer dient und nicht denen der Arbeiterklasse: Eine Föderation gibt den verräterischen Gewerkschaftsführern und lokalen Politikern mehr Einfluss; die OMOV-Demokratie garantiert, dass Kritiker und Nörgler in Massenmeetings auf Zoom untergehen, die immer als Tummelplatz der Verantwortlichen dienen.

Über die spezifische Cliquen-Dynamik hinaus geht es beim aufkommenden Bürokratismus in Your Party im Grunde darum, die verschiedenen Widersprüche in Grenzen zu halten, die an der noch zu bildenden Partei zerren. Bürokratismus ist nicht die böse Schöpfung „böser Menschen“, sondern die unvermeidliche Folge versöhnlerischer Haltung gegenüber der herrschenden Klasse. Wir können dies bereits an Corbyns wütender Reaktion sehen (wo bleibt seine Ausstrahlung als netter Opa?!), als er gefragt wurde, ob er antizionistisch sei. Das Problem, mit dem er bei der Frage des Zionismus und vielen anderen Fragen konfrontiert ist, besteht darin, dass er nicht zwischen den Fronten stehen kann. Wenn er die roten Linien der herrschenden Klasse in Bezug auf Israel respektiert, um die kleinen Bürokraten, karriereorientierten Ratsmitglieder und lokalen „Persönlichkeiten“, die zur neuen Partei strömen, zu beschwichtigen, muss er zwangsläufig die radikalen Bestrebungen seiner Basis mit Füßen treten. Dafür ist Bürokratismus unverzichtbar.

Das zeigt, dass die Partei, wenn sie nicht auf einem klaren Programm der Arbeiterklasse aufgebaut wird, welches die verschiedenen Konflikte zwischen unterdrückten Gruppen durch einen konsequenten Kampf gegen die ***gesamte*** herrschende Klasse überwinden kann, zwangsläufig die legitimen Bestrebungen bestimmter Teile der Partei unterdrücken muss, egal ob Transgender-Aktivisten, Kommunisten oder die Arbeiterklasse. Um den Bürokratismus zu bekämpfen, müssen wir natürlich für Regeln kämpfen, die den radikalsten Teilen der neuen Partei am meisten zugutekommen; aber das geht nicht in einem politischen Vakuum. Dieser Kampf muss auf einer Reihe klarer Prinzipien basieren, mit denen wir die Arbeiterklasse vereinigen können.

Wie man die Arbeiterklasse gewinnt und vereinigt

1. Palästina und die NATO

In Britannien gab es zwar einige der größten Pro-Palästina-Demonstrationen weltweit, aber sie fanden ohne Beteiligung großer Teile der Arbeiterklasse statt. Die Wahrheit ist, dass nicht jeder durch moralische Empörung zum Handeln bewegt wird; viele sehen in Palästina nicht etwas, das mit

Zack Polanski

Hope – Hoffnung. Zack Polanski (Grüne) und Zarah Sultana. Wir hoffen nicht...

ihrem Leben zu tun hat, und ärgern sich sogar über diejenigen, die ihrer Meinung nach von „innenpolitischen Themen" ablenken. Hinzu kommen noch diejenigen, die patriotisch sind oder in der Rüstungsindustrie arbeiten. Dass ein Anblick von solch unvorstellbarem Schrecken und Zerstörung wie in Gaza die Arbeiter nicht zu Massenaktionen aufgerüttelt hat, liegt nicht an ihrem moralischen Versagen, wie viele glauben. Es liegt daran, dass die pro-palästinensische Bewegung nicht in der Lage war, den Kampf für die Befreiung Palästinas mit den Bedürfnissen und Kämpfen der Arbeiterklasse zu verbinden.

Die pro-palästinensische Bewegung muss aufhören, sich auf leere Aufrufe zu Frieden und Gerechtigkeit zu verlassen, und stattdessen auf antiimperialistischer Grundlage Bündnisse mit der Arbeiterklasse schmieden (nein, Gewerkschaftsführer mit ihren Sonntagsreden zählen nicht). Sie muss zeigen, dass die Kämpfe der britischen Arbeiter für ihre Bedürfnisse untrennbar mit der Sache Palästinas verbunden sind und dass beides mit der Außenpolitik der herrschenden Klasse – NATO und Zionismus – zu tun hat.

Wenn es um die NATO geht, weisen viele schnell darauf hin, dass viele Arbeiter das Bündnis unterstützen. Das ist wahr, aber die Antwort darauf ist, nicht zurückzuweichen, sondern die Arbeiter davon zu überzeugen, warum es wichtig ist, sich gegen die NATO zu stellen. Das Argument ist einfach: Alle Kriege Britanniens in letzter Zeit dienten dazu, sich seine Position als oberster Handlanger der USA zu sichern; die Arbeiter, die geschickt wurden, um zu töten und getötet zu werden, haben dabei verloren, und dies hat nur neue Probleme geschaffen, die in Form einer Flüchtlingskrise heimgekehrt sind. Weitere Kriege für die immer verrückter werdenden Pläne des Weißen Hauses werden Britannien in die Spirale einer Katastrophe stürzen. Wie zuvor wird die Arbeiterklasse als erste darunter leiden, sei es durch Austerität oder durch Wehrpflicht. Der Weg, um aus dieser Spirale auszubrechen, besteht darin, jede Bindung an die USA, die NATO und den britischen Imperialismus zu kappen.

Während Trump die Verbündeten unter Druck setzt, mehr für die NATO zu blechen, sind viele in linken und liberalen Kreisen empört. Aber jeder, der diese rote Linie des britischen Establishments überschreitet, ist eine Persona non grata, was denjenigen in die unmögliche Lage bringt, gleichzeitig gegen die NATO zu sein und die Downing Street Nr. 10 im Visier zu haben. Die Lösung besteht dann darin, dass man eine freundlichere NATO fordert (à la Zack Polanski, neuer Vorsitzender der Grünen), während man die Partnerschaft Britanniens mit den USA aufrechterhält und damit der schrecklichen Illusion Nahrung gibt, dass Britannien und allgemein die NATO eine wichtige Rolle spielen bei der Gewährleistung von Sicherheit oder der Verteidigung von Demokratie gegen Autoritarismus (d. h. beim Krieg in der Ukraine).

Ob zur NATO oder zu Palästina – durch ihre Zweideutigkeiten machen die Liberalen letztendlich Zugeständnisse bei wichtigen Prinzipien wie Antizionismus und Antiimperialismus. Aber sie verwerfen auch Argumente, mit denen sie die Arbeiterklasse am ehesten für sich gewinnen könnten: solche, die auf einer klaren Klassenopposition gegen die herrschende Klasse beruhen. Genau deshalb ist es bei diesen Fragen, wie auch bei allen anderen, notwendig, die Liberalen loszuwerden, um die Arbeiterklasse für sich zu gewinnen.

2. Keine Bündnisse mit den Grünen

Your Party muss sich gegen alle Bündnisse mit den Grünen und gegen die pro-grüne Agenda aussprechen. Da die Grünen bei der letzten Parlamentswahl eine Menge Stimmen von der Labour Party gewonnen haben und der neue Vorsitzende Polanski radikale Wahrheiten ausspricht, steht Your Party unter Druck, sich mit den Grünen zusammenzuschließen oder Koalitionen mit ihnen zu bilden, um die progressive Wählerbasis zu festigen. Das wäre ein Fehler, der die arbeitende Bevölkerung wegtreiben würde.

Die Politik der Grünen ist der Inbegriff des kleinbürgerlichen Großstadtliberalismus. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung hassen die grüne Agenda, weil die herrschende Klasse die Sorge um die Umwelt vereinnahmt hat, um zahllose Angriffe gegen die Arbeiter zu starten und Fabriken unter dem Banner der Netto-Null zu schließen.

Die Klimakrise ist real und es müssen dringend Lösungen gefunden werden, aber die Lösung der Grünen besteht darin, den Status quo auf Kosten der Arbeiterklasse zu optimieren, was ein sicherer Weg in die Katastrophe ist. Nehmen wir ULEZ als Beispiel: Die Erhebung einer halsabschneiderischen Gebühr ***für jeden Tag***, an dem jemand mit einem umweltschädlichen Auto nach London fährt, ändert qualitativ nichts an den Klimaproblemen Londons oder Britanniens. Auch gefüllte Kassen des Londoner Bürgermeisters verbessern entgegen vielen Versprechungen nicht den öffentlichen Nahverkehr. Es handelt sich um eine reine Steuer für Werktätige, die sich keine „sauberen" Autos leisten können.

Your Party darf sich nicht auf die grüne Agenda einlassen und muss sich Sultanas Annäherungsversuchen an die Grünen widersetzen. Stattdessen muss sie Umweltaktivisten davon überzeugen, dass gerade ihre Verbindung zum Liberalismus die Arbeiterklasse entfremdet, die einzige Kraft, die die Gesellschaft in eine positive Richtung verändern und letztendlich die Klimakrise lösen kann.

3. Das Transgender-Dilemma

Die Transgender-Frage zeigt am deutlichsten, wie leicht Your Party durch Differenzen auseinanderfliegen kann. Die Spannungen über die Transgender-Frage sind der jüngste Skandal, als Adnan Hussain, Parlamentarier der Unabhängigen und Sekretär von Your Party, sich in einem Tweet für „single sex spaces" von Frauen (ausschließlich für Frauen zugängliche Räume) aussprach, zu denen Transfrauen keinen Zutritt haben. Seitdem haben viele Corbyn und Sultana aufgefordert, ihn zu verurteilen, woraufhin Sultana twitterte: „Fanatismus hat keinen Platz" in der neuen Partei, was ihr jedoch hitzige Reaktionen von den Sympathisanten Hussains einbrachte. Schnell kam es zu heftigen

Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern beider Seiten über Rückständigkeit, Muslime, konservative Frauen und die „woke" Linke – sehr zur Freude der Rechten.

In einem ihrer Tweets wies Sultana treffend darauf hin: „Dieselben Kräfte, die Migranten und Muslime ins Visier nehmen, greifen auch LGBTQ+-Personen an, insbesondere Transmenschen." Das ist wahr, aber es wird viel mehr nötig sein, um die LGBTQ+-Bewegung und die muslimische Gemeinschaft wirklich zusammenzubringen. Der einzige Weg, die giftigen Debatten zu dieser Frage zu beenden, besteht darin, falsche Ansichten auf beiden Seiten frontal anzugehen.

Ausgangspunkt muss die ***Verteidigung der Rechte von Transmenschen*** sein. Es ist unerlässlich, dass die neue Partei Muslimen und anderen sozial konservativen Teilen der Gesellschaft geduldig erklärt, warum es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich gegen die reaktionären Angriffe auf Transmenschen zu wehren. Wir müssen uns entschieden gegen Kommentare wie die von Adnan Hussain wehren und aufzeigen, dass Einschränkungen der Rechte von Transmenschen auf Zugang zu Einrichtungen, die ihrem Geschlecht entsprechen, ebenso eine Verletzung der bürgerlichen Freiheiten darstellen wie das in vielen Ländern durchgesetzte Kopftuchverbot. Der Punkt ist, dass jeder Mensch frei entscheiden können soll, was er mit seinem Körper tun möchte. Dies sollte ein einigendes Grundprinzip in Your Party sein.

Das Hauptziel muss sein, die ansteigende Welle der Reaktion zurückzudrängen. Dazu müssen wir nicht mit allem übereinstimmen, was der andere denkt, sondern die Rechte des anderen verteidigen. Wir sollten nicht erwarten, dass alle Muslime mit einer Geschlechtsumwandlung einverstanden sind, und auch nicht erwarten, dass die Sozialisten in Your Party mit der Verschleierung von Frauen einverstanden sind. Es geht darum, sich gegen einen gemeinsamen Feind zusammenzuschließen.

Damit das jedoch eine Chance hat, müssen Pro-Transgender-Aktivisten die prekäre Lage, in der sie sich befinden, berücksichtigen und ihre Strategie an diese Bedingungen anpassen. Sie müssen verstehen, dass die sozial konservativen Ansichten zu Geschlecht und Sexualität in der muslimischen Gemeinschaft oder in der Arbeiterklasse nicht durch moralische Erpressung oder durch Schockieren ihrer Empfindungen verschwinden werden. Die scharfe Trennung der Geschlechter in der Gesellschaft ist nicht einfach das Produkt konservativer Ideen, sondern hat ihre Wurzeln in der jahrtausendealten Institution der monogamen Familie. Diese Institution kann man nicht einfach wegschämen. Man muss die gesellschaftlichen Bedingungen verändern, und das kann man nicht isoliert von der übrigen Gesellschaft tun.

Was heißt das konkret? Es bedeutet sicherlich ***nicht***, bei den Rechten von Transmenschen Zugeständnisse zu machen. Aber es bedeutet doch, gewisse Anpassungen vorzunehmen, um sozial konservative Schichten der Gesellschaft zu erreichen. Wenn es zum Beispiel um Frauenhäuser geht, sollten wir darauf bestehen, dass Transfrauen Zugang zu Frauenhäusern haben. Aber wir sollten auch fordern, dass mehr Frauenhäuser gebaut werden und in einigen davon sozial konservative Frauen versorgt werden, die auf einer strikten biologischen Trennung bestehen. Nur durch einen solchen flexiblen (und nicht-liberalen) Ansatz lässt sich ein Bündnis zwischen Transgender-Aktivisten und anderen unterdrückten Teilen der Gesellschaft aufbauen.

4. Das Schlamassel mit der Einwanderung

Es wird schon etwas beängstigend, in Britannien zu einer Minderheit zu gehören. Die vorherrschende Strategie zur Gegenwehr besteht darin, diejenigen, die zum Einwanderungsproblem Fragen stellen, als „Rassisten" zu beschimpfen, anstatt das Problem auf den liberalen Status quo der letzten 30 Jahre zurückzuführen. Dieses hysterische Verteidigungsmodell treibt die Menschen nur zu rassistischen Reaktionen und stärkt die extreme Rechte, was letztendlich ***die Verteidigung der Einwanderer untergräbt***.

Das Wichtigste bei jeder Art von Gegenwehr gegen rassistische Reaktionen ist, dass man in keiner Weise als Verteidiger des aktuellen Status quo wahrgenommen wird. Es ist nicht an sich schon rassistisch, die Politik der aktuellen Regierung abzulehnen, die Flüchtlinge in benachteiligten Gemeinden unterbringt oder die Masseneinwanderung fördert, damit Britanniens Wirtschaft noch etwas länger vor sich hin stottert. Um überzeugend zu zeigen, dass Farage Einwanderer zum Sündenbock macht und die wahren Schuldigen ungeschoren davonkommen lässt, dürfen wir nicht davor zurückschrecken, anzuerkennen, dass der Status quo eine Katastrophe ist. Nur dann können wir uns überhaupt erst Gehör für sozialistische Lösungen verschaffen, die den Ursachen des sozialen Niedergangs Britanniens auf den Grund gehen (siehe den Artikel in *Workers Hammer* Nr. 256: „How NOT to fight the right").

Die Aufgabe für Kommunisten

Um erfolgreich zu sein, muss Your Party die Arbeiterklasse und die Unterdrückten vereinigen. Viele in der sozialistischen Linken werden dem zustimmen. Der eigentliche Kampf wird darum gehen, ***wie*** dies zu erreichen ist. Wir haben argumentiert, dass dies nur durch einen unnachgiebigen Kampf gegen den Einfluss des Liberalismus in der Partei geschehen kann. Die meisten Gruppen werden diesen Kampf entweder ablehnen oder seine zentrale Bedeutung herunterspielen, indem sie endlos über das perfekte 5-, 10- oder 20-Punkte-Übergangs- oder Revolutionsprogramm diskutieren oder darüber, ob es Verstaatlichungen oder Enteignungen mit Entschädigung geben soll.

Die Unterschiede bei der revolutionären Linken in dieser Entwicklungsphase der Partei bestehen nicht darin, wer am lautesten nach Sozialismus oder Kommunismus ruft, sondern in den ***Aufgaben***: Wie wird die extreme Linke die Politik dieser Partei gestalten und für die Stärkung der Position der Arbeiterklasse kämpfen? Wie können Sozialisten diesen Moment nutzen, um das Kräfteverhältnis der Klassen in Britannien zu verändern?

Unserer Ansicht nach haben Marxisten zwei miteinander zusammenhängende Aufgaben: Erstens, wie wir immer wieder betont haben, so hart wie möglich für einen Bruch der Arbeiterklasse mit dem Liberalismus zu kämpfen, indem wir die Klassenpolarisierung über zentrale Fragen verschärfen. Die marxistische Bewegung weiß seit langem, dass jede Partei der Arbeiterklasse politisch unabhängig von der herrschenden Klasse, ihrer Ideologie und allen damit verbundenen Elementen sein muss. Wenn wir nicht dafür kämpfen, werden die pro-sozialistischen Impulse der Unterstützer dieser Partei – Widerstand gegen die herrschende Klasse, den Imperialismus und den Zionismus – durch die Versöhnung mit dem Status quo versumpfen, was den Weg zu einem weiteren Corbyn-Debakel ebnen wird.

Die zweite Aufgabe muss darin bestehen, linke Elemente für das Banner des Leninismus zu gewinnen, das einzige Gegenmittel gegen die Plage linker Labour-Politik. Dazu müssen wir einen revolutionären Flügel zusammenfügen, der in Debatten aufzeigt, warum das marxistische Programm (ja, einschließlich der Diktatur des Proletariats) unerlässlich ist, um die reaktionären Polarisierungen zu überwinden und die Kämpfe der Arbeiterklasse ***jetzt*** voranzubringen.

Die Gründung von Your Party bietet linken Gruppierungen die Gelegenheit, bei gemeinsamen Themen zusammenzuarbeiten und politische Differenzen auszutragen. Der Schlüssel zum Erfolg liegt darin, dass die Linke mit ihrem üblichen cliquenhaften Modus Operandi Schluss macht und immer die Interessen der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt stellt. ■

Penney/AFPTV

Diwan of the State of Qatar/Anadolu

Links: Rauchwolke nach israelischen Bombenabwürfen auf Hamas-Verhandlungsführer in Doha, Katar, 9. September. Rechts: Begräbnis für Hamas-Führer und katarische Polizisten, die dabei getötet wurden

Zerreißt...

Fortsetzung von Seite 4

und für die westlichen Länder. Überall auf der Welt werden die arbeitenden Massen immer mehr von ihren Herrschern unterdrückt, von genau den Leuten, die sich weigern, etwas zu tun, um den Völkermord zu stoppen, und die den US-Imperialismus beschwichtigen. Diese Leute kann man nicht dazu bringen, Palästina zu unterstützen. Nur wenn die Unterdrückten Stärke zeigen, werden sie irgendetwas Substanzielles zugestehen. Die Geschichte des Klassenkampfs ist in diesem Punkt eindeutig: Nett zu sein zu den Unterdrückern bringt nie etwas.

Diplomatische Taktiken, die die Wahrnehmung der Massen abstumpfen und ihnen die falsche Vorstellung vermitteln, ihre Herrscher könnten überzeugt werden, den Palästinensern zu helfen, müssen zurückgewiesen werden. Das bedeutet nicht, alle Formen der Diplomatie oder des Kompromisses abzulehnen. Aber soweit solche Taktiken angewendet werden, müssen sie darauf abzielen, die Kämpfe der Unterdrückten gegen den Imperialismus voranzubringen und ihr politisches Bewusstsein zu schärfen.

Der wahre Stand der Bewegung

Nachdem Israel die Global Sumud Flotilla abgefangen hatte, brachen weltweit Proteste aus. Der wichtigste davon fand in Italien statt, wo ein Generalstreik Hunderttausende auf die Straße brachte. Diese erfolgreichen Mobilisierungen haben viele in der Solidaritätsbewegung dazu veranlasst, enthusiastisch zu verkünden, dass die Flut für Palästina anschwillt. In Wirklichkeit befindet sich die Bewegung in einer viel prekäreren Lage, als es oberflächlich erscheint.

In vielen westlichen Ländern haben die heuchlerische Rhetorik gegen Israel und die weitgehend bedeutungslose Anerkennung des palästinensischen Staates politischen Raum für eine massive Mainstream-Unterstützung Palästinas geschaffen. In Deutschland war es plötzlich in Ordnung, dass Zionisten in der Linkspartei für Palästina protestierten, und sogar der kriegstreiberische Kanzler Merz behauptete, er würde Waffenlieferungen an Israel stoppen. In Australien erinnerte sich der Labor-Premierminister Albanese plötzlich an sein gewisses pro-palästinensisches Ansehen, nachdem er jahrelang ein treuer Handlanger Israels gewesen war. In beiden Ländern ist es kein Zufall, dass die größten Proteste fast zwei Jahre nach dem 7. Oktober stattfanden, gerade als es immer akzeptabler wurde, Unterstützung für Palästina zu zeigen.

Natürlich ist es gut, dass so viele Menschen für Palästina protestieren. Aber es ist wichtig, den Charakter dieser Mobilisierungen zu verstehen. Insgesamt erleben wir nicht das Anschwellen einer wachsenden antiimperialistischen Bewegung. Vielmehr sehen wir, wie die enttäuschten Anhänger der alten Parteien links von der Mitte zum Handeln gedrängt werden, weil sie sehen, wie die Welt, die sie kannten und liebten, unter den Schlägen von Donald Trump und einer aufsteigenden Rechten zerbröckelt. Diese Dynamik wird zwar viele dazu bringen, radikalere Lehren zu ziehen, aber das wird kein unmittelbarer Prozess sein. In der Zwischenzeit wird die pro-palästinensische Bewegung im Westen immer noch von linksliberalen Kräften dominiert, die zunehmend machtlos und von der Arbeiterklasse isoliert dastehen.

Selbst in Italien, wo die Bewegung den Charakter von politischen Massenstreiks annahm, wäre es ein Fehler, ihre Stärke und sogar ihren proletarischen Charakter zu übertreiben. Wir begrüßen diese Streiks, aber in Wahrheit ist die italienische Arbeiterklasse in der Palästinafrage sehr gespalten. Viele ärgern sich darüber, dass Gewerkschaften, die jahrzehntelang nicht für die italienischen Arbeiter gekämpft haben, plötzlich viel Lärm um Palästina machen. Dies schafft die Grundlage für eine Gegenreaktion, nicht nur in Italien, sondern im gesamten Westen. Darüber hinaus bleibt die reaktionäre Meloni-Regierung trotz der Stärke der jüngsten Streiks in einer starken Position, wie zwei kürzliche Siege bei wichtigen Regionalwahlen zeigen.

Ob in Deutschland, Australien, Italien oder anderswo in der westlichen Welt, die Linke leugnet weitgehend ihre zunehmende soziale Isolation. Daher kann sie nicht einmal ansatzweise verstehen, warum sie keine größeren Fortschritte dabei erzielt hat, die Arbeiterklasse für die palästinensische Sache zu gewinnen. Die Wahrheit ist, dass viele Arbeiter es satt haben, selbstgerechte Linke darüber schwadronieren zu hören, was moralisch richtig ist, während sie mit ansehen müssen, wie sich ihre sozialen Bedingungen von Tag zu Tag verschlechtern. Damit die Linke echten Einfluss unter den arbeitenden Massen aufbauen kann, muss sie auf tugendhafte

Selbstdarstellung und leere Symbolik verzichten und für die materiellen Interessen der Unterdrückten kämpfen.

Das gilt allgemein, aber besonders akut stellt sich diese Frage im Zusammenhang mit Palästina. Es gab unzählige symbolische Aktionen gegen den Völkermord in Gaza, aber nur sehr wenige, die den zionistischen Kriegsanstrengungen erheblichen materiellen Schaden zugefügt haben. Die sozialen Schichten, die solche Schläge austeilen könnten, angefangen mit der industriellen Arbeiterklasse, werden im Allgemeinen als hoffnungslos rückständig abgetan. Diese Haltung trägt natürlich nicht dazu bei, sie für die Seite der Palästinenser zu gewinnen.

In den wenigen strategischen Gewerkschaften, die noch von radikalen Militanten beeinflusst sind, wie beispielsweise in den Häfen von Genua in Italien und Piräus in Griechenland, versetzen gelegentliche symbolische Aktionen die meisten Linken in Ekstase. Tatsache ist jedoch, dass selbst die linkesten und militantesten Gewerkschaften keinen Kampf organisiert haben, um der Komplizenschaft ihrer Regierungen beim Völkermord ein entscheidendes Ende zu setzen. Dies ist nicht moralisches Versagen oder Mangel an individuellem Mut der Gewerkschaftsaktivisten, sondern Ursache sind fehlerhafte politische Konzepte.

Um eine palästinensische Bewegung aufzubauen, die entscheidendes soziales Gewicht hat und Regierungen dazu zwingen kann, ihre Unterstützung für Israel aufzugeben, müssen wir einen Weg finden, eine Mehrheit der Arbeiterklasse davon zu überzeugen, für diese Sache zu kämpfen. Das ist machbar, aber nicht auf Grundlage abstrakter menschlicher Moral, sondern weil es eine unzerbrechliche Verbindung zwischen der Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land und den internationalen Verbrechen des Imperialismus gibt. Um ihre sozialen Bedingungen zu verbessern, müssen Arbeiter sich ihren eigenen Herrschenden entgegenstellen – denselben Leuten, die den Völkermord tolerieren oder daran beteiligt sind. Gerade die Gewerkschaftsführer, die im eigenen Land die Arbeiter billig verkaufen, sind auch diejenigen, die für Palästina nur symbolische Aktionen auf die Beine stellen können. Der Punkt ist, dass ein erfolgreicher Kampf der Arbeiterklasse im eigenen Land die Palästinafrage in den Vordergrund rücken muss, genauso wie der palästinensische Kampf eine Verbindung zu den Kämpfen der Arbeiter im eigenen Land herstellen muss.

Pro-palästinensische Revolutionäre müssen den illusorischen und frenetischen Enthusiasmus vieler in der Bewegung dämpfen, die Situation nüchtern betrachten und hart dafür kämpfen, die Kluft zwischen der Linken und der Arbeiterklasse zu überbrücken. Jeder einzelne Aufruf zu Aktionen der Arbeiterklasse für Palästina muss mit konkreten Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verbunden sein. Gewerkschaftsführer, die sich weigern, dies zu tun, müssen scharf angeprangert werden. Die Arbeiterklasse zum Handeln zu bewegen ist nicht der einfachste Weg – es erfordert geduldige und systematische Arbeit. Aber es ist der einzige Weg, der einen entscheidenden Einfluss auf den Ausgang des Kampfes haben kann.

Der Weg nach vorn

Wenn wir das Trump-Netanjahu-Abkommen zu Fall bringen und einen für Palästina günstigen Waffenstillstand durchsetzen wollen, müssen wir uns von den harten Realitäten leiten lassen. Unsere strategischen Prinzipien müssen davon bestimmt sein, was ***den Kampf der Palästinenser wirklich voranbringt***, und nicht von eigennütziger moralischer Selbstgerechtigkeit oder davon, was in den sozialen Medien gut aussieht.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Großmacht-Diplomatie hat für die Palästinenser nicht funktioniert; das galt schon immer und gilt auch in Zukunft. Auch liberale Solidaritätsbewegungen sind gescheitert. Wir müssen echte Kraft ins Spiel bringen, wenn wir die derzeitige Dynamik ändern wollen. Diese Kraft existiert unter den arbeitenden Massen der arabischen Welt und überall sonst. Aber sie muss freigesetzt werden. Damit dies überhaupt eine Chance hat, müssen wir die machtlosen Instrumente des Liberalismus ignorieren und uns die Prinzipien und Methoden des Klassenkampfs zu eigen machen. Nur sie können die Befreiung Palästinas bringen. ■

Kirk...

Fortsetzung von Seite 11

Klasse hinaus aufzusteigen. Die Gewerkschaften müssen gestärkt werden, um gemeinschaftlich alle Arbeiter zu verteidigen – vor allem indem sie die Gleichberechtigung der Schwarzen frontal in den Mittelpunkt stellen.

> „Schwarze begehen mehr Verbrechen als Weiße, sie begehen mehr Morde, sie begehen mehr Brandstiftungen, sie begehen mehr Entführungen ... das ist kein Krieg gegen Drogen, das ist ein kulturelles Problem... Warum begehen so viele Schwarze Morde außerhalb ihrer Bevölkerungsgruppe?“ (Kirk, ebenda)

Aktuelle Statistiken zeigen, dass Schwarze mehr Morde begangen haben, aber nicht insgesamt mehr Verbrechen. Es ist auch eine Tatsache, dass die meisten dieser Morde Verbrechen von Schwarzen an Schwarzen waren. Hier ist ein weiterer Fall, in dem Kirk übertrieben hat, um reaktionäre Schlussfolgerungen zu ziehen, aber auch ein echtes soziales Problem anspricht, dem die Liberalen ausweichen wollen. Als das Thema zur Sprache kam, schrien sie „Rassismus“ und führten alternative Statistiken an – obwohl sie genau wussten, worauf er hinauswollte, taten sie so, als würde der bloße Verweis auf für Schwarze ungünstige Kriminalitätsdaten zwangsläufig Rassismus schüren. Im Allgemeinen spielen die Liberalen das Problem der Kriminalität unter Schwarzen herunter, um so zu tun, als müsse nichts unternommen werden. Gelegentlich wiesen einige auf sozioökonomische Faktoren wie bittere Armut und schlechte Schulen hin, verstummten jedoch, als Kirk argumentierte, dass dieselben Bedingungen auch in den 1940er-Jahren herrschten.

Zunächst einmal war der nationale Kontext damals ein ganz anderer als heute. In den 1940er-Jahren befand sich die herrschende Klasse der USA nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Höhepunkt ihrer Macht, und ihre industrielle Basis ragte über alle anderen weit heraus. Für schwarze Jugendliche gab es Arbeitsplätze auf den untersten Stufen der Karriereleiter, und die Herrschenden des Landes verfügten über einen so großen sozialen Überschuss, dass sie es sich ohne Weiteres leisten konnten, ein Sicherheitsnetz für die Armen zu schaffen, um soziale Unruhen zu verhindern. Heute sind gute Arbeitsplätze aufgrund der Deindustrialisierung und des Kampfes gegen die Arbeiterschaft nur noch schwer zu finden, und dieses Sicherheitsnetz wurde immer weiter gekürzt, da die herrschende Klasse denkt, dass sich die Kosten nicht mehr lohnen. In der Zwischenzeit hat sich die Überwachung schwarzer Stadtviertel erheblich verschärft. Unter dieser Schreckensherrschaft greifen sich die Bullen schwarze Menschen heraus und verhaften sie, wo immer sie können.

Viele Schwarze müssen unter unerträglichen Bedingungen leben – unter schlechtesten Wohnverhältnissen, schlechtester Gesundheitsversorgung und schlechtesten Schulen. Sie sind in verarmten, abgetrennten Vierteln gefangen und haben nur minimale Chancen, über die Runden zu kom-

Imago/VCG

Obdachlose in Kalifornien, ihre Lebensbedingungen können nur im Kampf gegen die herrschende Klasse verbessert werden

men, geschweige denn von dort wegzukommen. Diese Umstände sind ein Nährboden für antisoziales Verhalten. Das ist keine Frage schlechter Kultur, sondern des verzweifelten Versuchs zu überleben. Die Antwort ist nicht, wie Liberale manchmal vorschlagen, Sozialarbeit oder mehr Bullen, die jede Situation immer nur weiter verschlimmern. Es geht auch nicht um eine Veränderung der Werte, die wenig bis gar keine Bedeutung haben, wenn kein Essen auf dem Tisch steht oder es kein Dach über dem Kopf gibt. Vielmehr geht es darum, mehr Grundbedürfnisse der schwarzen Bevölkerung zu erfüllen – nicht indem man den weißen Arbeitern Geld und Ressourcen wegnimmt, sondern indem man der herrschenden Klasse Geld und Ressourcen wegnimmt, deren Griff auf die Gesellschaft und ihren Reichtum die Katastrophe verursacht.

„Was ist eine Frau?“ (Kirk, ebenda)

Kirk würde eine strikt biologische Definition geben und die Frage Liberalen an den Kopf werfen, deren Identitätspolitik sie völlig von der Realität abkoppelt. Zum Beispiel beharrte ein Liberaler, der von der Gesellschaft offensichtlich als Mann wahrgenommen werden würde, darauf: „Wenn ich mich gerade jetzt entschließen würde, mich als Frau zu identifizieren, wäre ich eine Frau.“ Weit davon entfernt, Transgender-Personen zu verteidigen, schrecken solche Behauptungen, die so offensichtlich im Widerspruch zur realen Welt stehen, Arbeiter nur ab, die es besser wissen. „Wenn ich mich jetzt entschließen würde, mich als Boss zu identifizieren, wäre ich ein Boss.“ Klar doch.

Für Kirk wird eine Frau streng nach körperlichen Merkmalen wie Chromosomen und Fortpflanzungsorganen definiert. Natürlich ist es lächerlich zu behaupten, dass das Vorhandensein einer Gebärmutter nichts mit Weiblichkeit zu tun hat. Allerdings können einfache Biologie und die Fähigkeit, Kinder zu gebären, keinerlei Einblick darin geben, was es bedeutet, eine Frau in einer Gesellschaft zu sein, die Erwartungen daran stellt, wie Frauen sich verhalten, sprechen, kleiden, pflegen und auftreten sollen, welche Berufe sie ausüben sollen und vieles mehr. Kirks Definition einer Frau spiegelt sein politisches Ziel wider: die Gesellschaft dazu zu bringen, Transpersonen als Ausgestoßene zu meiden und Geschlechternormen im Zwangskorsett der patriarchalischen Familie zu verstärken.

Im Gegensatz dazu wollen die Liberalen die gesellschaftliche Akzeptanz des Rechts auf Geschlechtsumwandlung erreichen, nur gehen sie dabei völlig falsch vor und auf eine Weise, die garantiert nach hinten losgeht. Während Kirk die biologische und soziale Bedeutung des Frau-Seins gleichsetzte, definieren sie Weiblichkeit als das, was jemand zu einem bestimmten Zeitpunkt will. Das ist aus biologischer Sicht eindeutig falsch. Um dies abzutun, argumentieren die Liberalen, dass das Geschlecht nicht binär (männlich und weiblich) ist, sondern bimodal (ein Spektrum mit zwei Hauptclustern). Diese Ablehnung des Binären als reine Erfindung macht es nur noch schwieriger, mit den Komplexitäten der physischen und sozialen Welt umzugehen, angefangen bei den ziemlich offensichtlichen biologischen Grundlagen der Weiblichkeit. Die Anerkennung der gegensätzlichen Geschlechter an sich schließt Variationen, also Ausnahmen von der Regel, überhaupt nicht aus.

Die Behauptung von Liberalen, dass es nur im Kopf des Einzelnen entschieden wird, ob man eine Frau ist oder nicht, ist auch in gesellschaftlicher Hinsicht falsch, da Geschlechternormen tief in bedeutenden Institutionen wie der Familie verwurzelt sind. Nur weil Weiblichkeit ein soziales Konstrukt ist, bedeutet das nicht, dass jeder frei bestimmen kann, was eine Frau ist. Sich selbst als einem bestimmten Geschlecht zugehörig zu identifizieren garantiert noch keine gesellschaftliche Akzeptanz dieser Identität. Niemand weiß besser als Transmenschen selbst, wie schwierig der Übergang ist. Letztendlich geht es beim Aufbrechen von Geschlechternormen darum, die Gesellschaft zu verändern, nicht Identitäten. Der liberale Fokus auf Identität führt nur dazu, dass man die Unterdrückung von Transpersonen nicht bekämpft, indem die Bewegung von der Gesellschaft isoliert wird.

Transmenschen erlangten in den letzten Jahren der liberalen Ordnung ein gewisses Maß an Akzeptanz, als die Herrschenden des Landes sich bemühten, den Anschein von sozialem Fortschritt zu erwecken, um von ihrer Unfähigkeit abzulenken, irgendetwas von materiellem Wert zu bieten. Und diese „fortschrittliche“ Fassade wurde abgerissen, sobald sie der herrschenden Klasse nicht mehr in den Kram passte.

Um den aktuellen Ansturm zu stoppen und tatsächlich etwas zu erreichen, muss der Kampf für Transgender-Rechte mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden werden, die ein objektives Interesse daran hat, eine neue Gesellschaft einzuleiten. Der Weg dahin ist nicht, Arbeiterinnen und Arbeitern zu sagen, dass sie alle Genderformen begrüßen müssen, sondern ihnen zu zeigen, dass der Kampf zur Verteidigung von Transpersonen tatsächlich zu ihrem Vorteil ist, dass die Angriffe auf die Rechte von Transpersonen ein Vorläufer für die Aushöhlung der Rechte der Arbeiterklasse als Ganzes sind und dass die Vereinigung von Transpersonen und Arbeitern zur eigenen Verteidigung beide Gruppen nur stärken kann. Das ist dringend notwendig in einer Zeit, in der Trump jede Gelegenheit nutzt, um Transmenschen und Arbeiter gleichermaßen zu verfolgen.

Die Linke hat durch ihr Versäumnis, sowohl den Liberalen als auch den Rechten echte materialistische Argumente entgegenzusetzen, Arbeiter massenhaft von sich abgestoßen. Nur wenn wir den Kampf für die Interessen der Arbeiter mit der Verteidigung der Unterdrückten verbinden, können wir die Einheit unserer Klasse sichern und die notwendigen Kräfte mobilisieren, um den drohenden Angriffen standzuhalten. Sollen sich die Liberalen doch selbst diskreditieren, wenn sie die Sorgen der Arbeiter mit leeren moralischen Argumenten leugnen und abtun; machen wir stattdessen deutlich, dass die Linke ein Programm hat, um beide Flügel der herrschenden Klasse zu bekämpfen. Nur so kann eine klassenkämpferische Bewegung aufgebaut werden, die der Anziehungskraft von Reaktionären wie Kirk oder der verzweifelten Einzelkämpfermentalität entgegenwirkt. ■

Palästinabewegung...

Fortsetzung von Seite 1

eigene ***politische Ausrichtung*** ist, die der Arbeiterklasse nichts anzubieten hat.

Seit Pandemie und Ukrainekrieg ist die Arbeiterklasse einem Dauerbeschuss auf ihren Lebensstandard ausgesetzt. Die Kosten für die verbissene Ukraine-Unterstützung von der Merz/Klingbeil-Regierung, für den NATO-Kurs und die damit verbundene Mega-Aufrüstung sind gewaltig und sollen auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden. Der angekündigte „Herbst der Reformen" bildet den Auftakt zum Generalangriff auf Löhne, Renten und Sozialstaat. Gleichzeitig bedroht die Deindustrialisierung weite Teile der Arbeiterklasse in ihrer Existenz: Allein bei Bosch sollen 22 000 Stellen abgebaut werden, insgesamt 100 000 Industrie-Jobs bis Ende des Jahres.

Der US-Imperialismus versucht mit einem immer aggressiveren Kurs seine Stellung als Weltmacht Nummer eins zu halten und den Druck zu erhöhen: auf seinen Feind China, auf die unterdrückten Länder und selbst auf seine Juniorpartner wie Deutschland. Israels Kriege und Deutschlands Unterstützung dafür sind untrennbar Teil dieser Entwicklung. Dass Israel nach zwei Jahren der „Drecksarbeit" für die Imperialisten nun vorläufig als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen ist, stärkt die Position des US-Imperialismus und seiner Verbündeten. Weitere Repression wird folgen – nicht nur gegen Palästina-Aktivisten, sondern auch gegen Kriegsgegner, Regierungskritiker und Arbeiteraktionen jeder Art. Im Umkehrschluss würde ein siegreicher Schlag gegen Israel – zum Beispiel durch Arbeiteraktionen gegen Waffenlieferungen – die Arbeiter in eine viel bessere Position im Kampf gegen die Regierung und die Bosse hier bringen.

Die Rechtswende in den USA gibt einen Vorgeschmack auf das, was auch hier noch folgen wird. Die Arbeiter sind in einer denkbar schlechten Position, um sich gegen die drohenden Angriffe zur Wehr zu setzen, geschweige denn einen Sieg für Palästina zu erringen. Ihre eigene Führung – in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften – mag noch so viele Töne gegen Merz, gegen die AfD und gegen die angedrohten Angriffe spucken. Aber sie alle stehen nicht nur hinter der Unterstützung für Israel, sondern der Herrschaft der deutschen Imperialisten und dem NATO-Kurs insgesamt. Durch ihren Kurs haben sich immer mehr Arbeiter von der Arbeiterbewegung abgewandt: Nur etwa 13,2 (!) Prozent der Arbeiter sind überhaupt noch gewerkschaftlich organisiert. Die AfD wird als einzige Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse gesehen und ist unter Arbeitern mittlerweile die stärkste Kraft.

Die Linke hat keine Antwort darauf, wie diese Situation umgedreht werden kann. Einfach nur zu Arbeiteraktionen für Palästina aufzurufen oder die Arbeiter leichtfertig in die Offensive treiben zu wollen wirkt wie eine selbstgerechte Moralpredigt von außen. Die jetzt schon riesige Kluft zwischen den Linken und der Arbeiterklasse wird dadurch nur größer. Der Kampf für Palästina muss verbunden werden mit einem entschiedenen Kampf für die Arbeiterinteressen ***gegen*** den aktuellen pro-imperialistischen Kurs der Arbeiterführer – auch der Linkspartei –, die verantwortlich sind für den Niedergang der Arbeiterklasse, den Kampf für Palästina blockieren und das Wachstum der AfD weiter befeuern.

Staatsräson und Linkspartei

Knapp zwei Jahre lang lag die Linkspartei-Führung auf Linie der deutschen Regierung bei der Unterstützung für Israel. Nachdem Merz und selbst die fanatisch pro-israelischen Grünen ihre Kritik an Israel verstärkt hatten, sprang auch die Linkspartei auf den Zug auf und unterstützte schließlich die Demo „All Eyes on Gaza". Das wird als Sieg und Zeichen der Stärke der Palästinabewegung gesehen, ebenso wie die Beteiligung von arbeiterfeindlichen Mainstream-Liberalen wie der Grünen Jugend oder Luisa Neubauer. All das signalisiert aber in Wahrheit nur, wie weit die Bewegung von einem proletarischen und antiimperialistischen Kurs entfernt ist.

In kaum einem westlichen Land wurde die bedingungslose Unterstützung für Israel und seine schlimmsten Verbrechen so lange und so stark aufrechterhalten wie in Deutschland. Die deutsche herrschende Klasse – und mit ihr die Arbeiterführung in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften – begründet ihre Unterstützung für Israel mit der angeblichen „Verantwortung Deutschlands", mit seiner Aufarbeitung von Weltkrieg, Faschismus und Holocaust, kurzum: mit den ***Lehren der Geschichte***.

Die Palästinabewegung stellte sich von Anfang an zwar gegen diese Staatsräson, aber auf welcher Grundlage? Politisch dominiert wird sie von liberalen Kräften wie Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) und der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost. Es ist absolut notwendig, diese gegen den BRD-Staatsterror zu verteidigen und die infame Lüge zurückzuweisen, dass sie in irgendeiner Weise antisemitisch seien. Aber ihr antiproletarisches Programm muss von der Linken politisch bekämpft werden. Selbst die schlimmsten Auswüchse ihrer Politik bleiben zu oft unwidersprochen: etwa das selbstgerechte „Shame on you" von BDS gegen jeden, der ihren Konsumenten-Boykott nicht unterstützt, oder die Kollektivschuld-Vorwürfe der Jüdischen Stimme, die deutsche Arbeiter wegen ihrer Passivität für mitschuldig am Holocaust und Gaza-Genozid erklärt.

Stephen Petrat

14. Mai, Ford-Köln, Streik gegen Entlassungen; IG Metall stimmte danach trotzdem Abbau von 2900 Arbeitsplätzen zu

Spartakist

Berlin, 27. September. Gewerkschafter fordern auf Palästina-Demo: Weg mit dem Raumverbot für Medislam Collective, Studierendengruppe an der Charité! Nieder mit der anti-muslimischen Hetze!
Unterschreibt auf openpetition.de!

Die gesamte Strategie dieser Kräfte zielt nur darauf ab, dass die imperialistischen Mächte ihre Politik ändern und Israel nicht mehr unterstützen sollen. Die Unterstützung für Israel ist für sie Verrat an den gepredigten Werten der westlichen Regierungen. „Free Palestine from German Guilt“ oder „Nie wieder für alle“ sind die Schlagworte, mit denen die Bewegung die Verlogenheit der herrschenden Israel-Unterstützung kritisiert und fordert, der deutsche Imperialismus müsse endlich die ***richtigen*** Lehren aus der Geschichte ziehen, gegen ***jeden*** Völkermord sein und die Unterstützung für Israel einstellen.

Damit geht die Bewegung aber voll der liberalen Ideologie auf den Leim, die der herrschenden Klasse als progressiver Deckmantel bei der Durchsetzung ihrer Interessen in der globalisierten US-geführten Weltordnung diente. Die Bourgeoisie brauchte jahrzehntelang keinen Krieg und keine autoritäre Regierung, sondern Freihandel, offene Grenzen und die EU. So wurden die Lebensgrundlagen der Arbeiterklasse zugrunde gerichtet – und jede Opposition dagegen pauschal als „rechts“ diffamiert. Man kann dem Kampf für Palästina keinen schlechteren Dienst erweisen, als ihn mit dieser liberalen Ideologie in Verbindung zu bringen, von der sich Arbeiter zu Recht immer mehr abwenden.

Auch die Linkspartei hat die liberale Ideologie voll aufgesogen und beschwert sich über die Diskrepanz zwischen Deutschlands „Lehren der Geschichte“ und seiner Mission für Demokratie und Fortschritt einerseits und seiner Unterstützung für einen nicht mehr zu verleugnenden Völkermord andererseits. Sinnbildlich dafür steht auch die Empörung, bis in SPD und Jusos hinein, über die Aussage von Merz, dass Israel im Nahen Osten die „Drecksarbeit“ für die westlichen Imperialisten verrichte. Er hat einfach die liberale Maske fallengelassen und auf den Punkt gebracht, worin der Wert Israels für die Imperialisten besteht.

Es geht der Linkspartei-Führung ***nicht*** darum, einen Kampf für Palästina und die Arbeiter hier gegen die Regierung und den deutschen Imperialismus zu organisieren, sondern die Politik des deutschen Imperialismus mit seinen liberalen Versprechungen in Einklang zu bringen. Wenn sie jetzt auf die Palästinabewegung aufspringt, dann mit dem Ziel, dass die weitverbreitete Empörung über Israels Völkermord ***nicht*** in eine antizionistische und grundlegend gegen den deutschen Imperialismus gerichtete Position umschlägt.

Auch wenn die Parteiführung jetzt von einem Genozid in Gaza spricht, macht sie gleichzeitig immer wieder klar, dass sie an ihrer grundlegenden Unterstützung für den zionistischen Staat festhält. Sie verteidigt weiterhin das Existenz- und das grundlegende Verteidigungsrecht des kolonialen Siedlerstaates Israel. Der zionistische Zweck des israelischen Staates ist die Auslöschung der palästinensischen Nation. Dieser Zweck und damit die bloße Existenz des Staates Israel sind unvereinbar mit einer freien israelisch-jüdischen Nation, die selber nur frei sein kann, wenn sie die palästinensische Nation nicht unterdrückt. Die pro-zionistische Position der Linkspartei-Führung garantiert, dass sie sich immer gegen den gerechtfertigten palästinensischen Widerstand stellen wird, wenn dieser sich mit mehr als nur leeren Worten und machtlosen Appellen gegen Unterdrückung und Vertreibung zur Wehr setzt. Ihr Bekenntnis zum Staat Israel ist ihr Treueeid zur deutschen herrschenden Klasse. Daher auch die reflexartige Forderung, sich immer und überall von der Hamas und angeblichem Antisemitismus zu distanzieren. Alles andere wäre für die deutsche herrschende Klasse absolut ***inakzeptabel***.

Aber nehmen wir die Führung beim Wort: Ihr seid gegen Waffenlieferungen an Israel? Dann tut etwas dagegen! Nutzt euren Einfluss in den Gewerkschaften und kämpft für ***Gewerkschaftsaktionen gegen Waffenlieferungen an Israel! Nein zur Repression gegen die Palästinabewegung! Weg mit den Verboten von Samidoun und Palästina-Solidarität Duisburg! Sofortige Rücknahme des Parteiausschlusses von Ramsis Kilani!***

Aber das reicht nicht. Die linken, antiimperialistischen Kräfte, die auch in der Linkspartei arbeiten (wie Linke Neukölln, Berliner Linksjugend, KPF, Liste Links, SOL, SAV usw.), müssen den Rahmen durchbrechen, den die Parteispitze und Gewerkschaftsführer für gerade noch vertretbar halten und der die Bewegung fesselt. Sie müssen dem Kampf in der Linkspartei eine antizionistische Richtung geben – anstatt sich ein ums andere Mal der Hoffnung hinzugeben, dass man die Parteiführung für eine richtige Politik gewinnen könnte. ***Nein zum Zionismus! Keine Unterstützung für Israel und die Zwei-Staaten-Lösung! Antideutsche und Israel-Unterstützer raus!***

Nein zur NATO! Keine Unterstützung für die Ukraine!

Einer der krassesten Ausdrücke dafür, wie die Palästinabewegung und liberale Kräfte wie Mera25 verzweifelt den Anschluss an die imperialistischen Herrscher suchen, ist die weitverbreitete Position, die USA und Deutschland sollten sich für Palästina so einsetzen wie für die Ukraine und Israel ächten und sanktionieren wie Russland. Diese Unterstützung eines der Hauptziele der Imperialisten – Eindämmung Russlands – bedeutet, die Arbeiter und Unterdrückten an ihre eigenen Unterdrücker zu ketten. Es ist regelrecht Gift für den palästinensischen Befreiungskampf vor Ort ebenso wie für die Palästinabewegung, ***besonders*** in den Ländern, deren Regierungen hinter der Ukraine stehen. Doch dem notwendigen politischen Kampf gegen diese Positionen geht der Großteil der Linken einfach aus dem Weg, aus Angst vor der absehbaren Kontroverse.

Es ging den Imperialisten niemals um die „Souveränität“ der Ukraine, sondern darum, ***selbst*** die Ukraine zu beherrschen und Russland aus Osteuropa herauszuhalten. Die öffentliche Demütigung Selenskis durch Trump im Oval Office und die Tatsache, dass den USA der Preis für den Ukrainekrieg zu hoch wird, unterstreichen das nur allzu deutlich.

Weg mit der Kündigung Christophers!

www.rf-news.de

Ende August gab es eine Demo zum Flughafen Leipzig/Halle gegen den Völkermord in Palästina. Christopher, ver.di-Vertrauensmann bei DHL, sprach dort gegen Waffenlieferungen und wurde daraufhin fristlos gekündigt. Ver.di muss Christopher verteidigen!

UNTERSTÜTZT DIE PETITION!

GEWERKSCHAFTER:INNEN 4 GAZA

PAL PALÄSTINA AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG

Mit Unterstützung von Waffenlieferungen an die Ukraine wird auch eine potenzielle Brücke zur Arbeiterklasse eingerissen, die in weiten Teilen, besonders in Ostdeutschland, dem Ukrainekrieg und dem irrwitzigen Kriegskurs gegen Russland kritisch gegenübersteht. Für viele Arbeiter ist der Ukrainekrieg näher dran als Israels Völkermord. Die Auswirkungen der Sanktionen, der Aufrüstung und auch der imperialistischen Ideologie sind für sie über den Ukrainekrieg stärker spürbar als über Palästina. Auch die Linkspartei-Führung hat sich in die nationale Einheit gegen Russland und die „Solidarität mit der Ukraine" eingereiht und unterstützt bis heute die Sanktionen, die nicht nur ein Akt imperialistischer Aggression gegen Russland sind, sondern auch die Arbeiter hierzulande in den Ruin treiben. All das war noch einmal ein wesentlicher Brandbeschleuniger für die AfD, die als einzige Opposition gegen den anti-russischen Kurs wahrgenommen wurde, die Linkspartei jedoch, völlig zu Recht, *nicht*. Eine klare und unversöhnliche Opposition der Linken gegen den Ukrainekrieg, die NATO *und deren Unterstützer in der Arbeiterbewegung* ist die grundlegendste Voraussetzung, um die AfD als arbeiterfeindliche, militaristische und pro-zionistische Kraft zu entlarven. *Nein zu NATO, Sanktionen und Aufrüstung! Stoppt Waffen und Unterstützung für Israel und die Ukraine!*

Linke Opposition oder Brandmauer?

Die jetzige Führung der Linkspartei ist ein absolutes Hindernis für den Kampf gegen den eigenen Imperialismus, für Palästina und überhaupt dafür, die Arbeiter zu gewinnen. Trotz aller Kritik hängen viele sozialistische Linke an dieser Führung. Ein klares Beispiel war, wie die meisten Linken zur Wahl der Linkspartei bei der letzten Bundestagswahl aufriefen – auch solche, die nicht innerhalb der Linkspartei arbeiten (wie Gruppe ArbeiterInnenmacht) oder gerade erst herausgedrängt wurden (wie Sozialismus von unten und Ramsis Kilani). In den Schlüsselmomenten, als die Parteiführung ihre Loyalität zur herrschenden Klasse unter Beweis gestellt hat, im Ukrainekrieg oder nach dem 7. Oktober, hat der linke Flügel ***keinen*** Kampf für seine eigenen Positionen geführt. Wir erneuern unseren Aufruf: Wenn ihr es ernst meint mit eurem Kampf für Palästina und gegen den Imperialismus, dann ***kämpft um die Führung der Partei!*** Das wäre ein konkreter Schritt vorwärts, den alle Linken unterstützen sollten.

Doch genau davor schrecken die Parteilinken zurück. Die Sorge: Wenn die Linke ohnehin schon so schwach und die Rechte auf dem Vormarsch ist, dann würden eine drohende *Spaltung* der Linkspartei und eine weitere Zersplitterung der Linken uns noch weiter schwächen. Auch wenn sie mit dem rechten Flügel und selbst mit Reichinnek und van Aken in vielen Fragen nicht übereinstimmen, so sehen sie in ihnen wichtige Verbündete im Kampf gegen Rechtsruck und AfD und die entschlossensten Verteidiger der Brandmauer gegen die AfD.

Dabei ist es genau diese Brandmauer, die auch den Aufstieg der AfD weiter befördert und mit der Verbrechen gegen die Arbeiterklasse gerechtfertigt werden. Die SPD verhilft Merz zur Kanzlerschaft, um eine halbwegs stabile Regierung ohne AfD zu bilden. Selbst die wenigen Parteilinken und Jusos, die gegen den Eintritt in eine Merz-geführte Regierung waren, waren hilflos der Drohung gegenüber, dass, wenn die SPD nicht in die Regierung ginge, die Brandmauer der CDU gegen die AfD brechen könnte. Sie sind so Opfer ihrer eigenen Brandmauer-Logik geworden, die sie jahrelang propagiert haben.

Die Linkspartei folgt demselben Muster wie die SPD und offenbarte sich gleich nach der Bundestagswahl als Steigbügelhalter für die Merz-Regierung. Jedes Mal, ***wenn es wirklich auf die Stimme der Linkspartei ankam***, eilte sie der Krisen-Koalition von Merz und SPD zur Hilfe. Jedes Mal lautete das Argument, dass man als Demokraten zusammenstehen und Chaos vermeiden müsse, von dem nur die AfD profitieren würde. Egal, wie sehr sich die Linkspartei-Führung als Opposition gegen Sozialkahlschlag, Rechtsruck und seit neuestem auch gegen Völkermord positioniert: Wer nicht einmal den Willen hat, eine verhasste CDU/SPD-Regierung ***für ein paar Tage*** in der Luft hängen zu lassen, der kann nicht den notwendigen Widerstand der Arbeiter organisieren.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Merz/SPD-Regierung gegen die Wand knallt und durch eine rechte Regierung ersetzt wird. Union und AfD verfügen schon jetzt zusammen über eine Mehrheit. Zu verhindern, dass aus dieser rechnerischen Mehrheit eine politische Mehrheit wird – dass die CDU also aus dem Konsens der „demokratischen Mitte" ausschert – ist der Kern der aktuellen Brandmauer.

ABONNIERT JETZT!

iclfi.org/pubs/spk/subscribe

Man kann der herrschenden Klasse kein größeres Geschenk als die Brandmauer machen: Erst nutzt sie die Unterwürfigkeit der Arbeiterführer und Linken und den „Kampf gegen rechts“ aus und kann sich sicher sein, dass ihr von links keine Opposition im Weg steht – bis sie eines Tages die liberale Maske fallen lässt und auf die AfD setzt. In einigen Punkten wie der Migrationspolitik, verschärfter Staatsrepression und der geplanten Wiedereinführung der Wehrpflicht hat die Merz-Regierung den Bruch mit dem Liberalismus der Merkel-Ära schon offen begonnen. Wenn das Kapital auch hierzulande die Notwendigkeit sieht, vollends mit dem Liberalismus der letzten Jahrzehnte zu brechen, um seine Interessen durchzusetzen, dann ***wird*** die Brandmauer fallen. Dann ***wird*** die CDU mit der AfD koalieren, notfalls auch als Juniorpartnerin unter Alice Weidel.

In den USA ist eine autoritäre Rechtswende bereits eingetreten. Trump und Vance sind fest entschlossen, dem Liberalismus auch in Europa den Todesstoß zu versetzen. Die Rechte steht in den Startlöchern, in Frankreich, Britannien, Österreich. Überall zeigt sich, dass die herrschende Klasse, ohne mit der Wimper zu zucken, die Brandmauer gegen rechts einreißen wird, sobald sie ihren Zweck erfüllt hat und hinderlich für die Durchsetzung kapitalistischer Interessen geworden ist. Wie kann die Linkspartei glauben, dass es ausgerechnet in Deutschland anders laufen wird? An einen solchen ***deutschen Sonderweg*** kann man nur glauben, wenn man die Lügen der deutschen Bourgeoisie von den Lehren der Geschichte und dem „antifaschistischen Grundkonsens“ verinnerlicht hat.

Wenn die Mehrheit der Arbeiter inzwischen zur AfD neigt, dann in erster Linie, weil die Brandmauer-Parteien, einschließlich SPD und Linkspartei, als Teil des Problems und Unterstützer einer arbeiterfeindlichen Politik wahrgenommen werden – und die antiimperialistischen und pro-palästinensischen Linken, die die liberale Hysterie gegen die AfD mittragen, ebenso. Noch einmal: Die AfD hat von allen Parteien momentan den größten Rückhalt unter Arbeitern – während die Linken nahe der Bedeutungslosigkeit sind.

Was die Wähler der AfD sich erhoffen – und bei der Linken, die vor Merz und der SPD kriecht, nicht finden – ist ein Angebot zur Verbesserung ihrer Lage, bezahlbare Wohnungen und anständige Löhne und Bildung, d.h. eine Alternative zur ausgetretenen liberalen Politik der letzten Jahre, die nur Entbehrung bedeutet hat und offensichtlich auf einen Krieg gegen Russland zielte.

Der Höhenflug des BSW letztes Jahr hat das Potenzial gezeigt für eine linke Kraft, die sich gegen die Regierung stellt und gleichzeitig den Brandmauer-Konsens kritisiert: Ob ihre Opposition gegen die Anti-Russland-Sanktionen, die Waffenlieferungen an Israel oder die Aufrüstung, das BSW hat sich anders als die Linkspartei-Führung klar von der Regierung distanziert. Das BSW hat aber auch keine fortschrittliche Antwort, da es wie die Linkspartei eine Arbeitermobilisierung gegen den Imperialismus ablehnt und schon wenige Monate nach seiner Gründung in Koalitionsregierungen mit den bürgerlichen Pro-NATO-Kräften eingetreten ist. Aber sein kurzzeitiger Höhenflug, eben genau ***vor*** diesem Verrat, zeigt das Potenzial, dass die Arbeiter von der AfD weggewonnen werden können. Leider hat die Linke bisher das Gegenteil getan, das BSW oft ausgegrenzt und sich hinter der Brandmauer einbetoniert.

Die Wahrheit ist: Die AfD wird durch die Brandmauer nicht geschwächt, sondern gestärkt. Die Arbeiter werden durch diese Politik immer weiter von der Linken abgestoßen und damit auch vom Kampf für Palästina. Alle Sozialisten müssen jetzt dringend aufwachen, damit sie nicht mehr als Wasserträger der herrschenden Kräfte gesehen werden. Kämpfen wir konsequent für den ***Aufbau einer antiimperialistischen, sozialistischen Opposition*** gegen den Kurs der SPD- und Linkspartei-Führung!

Filistin...

28. sayfanın devamı

uygulanırsa, Israil ve ABD'yi soykırımı sona erdirmeye ve gerçek tavizler vermeye zorlamak mümkündür.

Burada, en acil sonucu verecek strateji, aynı zamanda Filistin'in kurtuluşu hedefini en iyi şekilde ilerletebilecek stratejidir. Bu strateji, soykırıma doğrudan destek veren veya uzlaşan hükümdarlara karşı dünya çapında işçi sınıfını harekete geçirmekten ibarettir. Bu basittir, ancak açıkça görülüyor ki henüz gerçekleştirilmemiştir. Bunun nedenini anlamamız gerekiyor.

İki yıl sonra hareket aynı yolda devam edip, basitçe bunun işe yaradığını iddia edemez. Gerçekleri doğrudan görmeli ve gerçek siyasi dersler çıkarmalıyız. Başından beri hareket iki yanılsamayla boğuşmaktadır ve bu yanılsamalar daha derin halk ayaklanmaları olasılığını engellemiştir. Birincisi, uluslararası haydutlar topluluğu ve onun hileli hukuk sisteminin bir şekilde Filistin lehine destek vermesi için baskı yapılabileceğidir. İkincisi, dünya çapında Filistin'e yönelik giderek artan bir destek dalgasının İsrail'i durduracağıdır. Temelde her ikisi de liberal ahlak normlarının soykırımı durdurmaya yeteceği şeklindeki yanlış inanca dayanmaktadır.

Diplomasi Çıkmaz Sokaktır

Aylardır, dünyanın dört bir yanındaki siyasi liderler İsrail'e karşı söylemlerini sertleştirmekteler. Eylül ayında, Birleşmiş Milletler soruşturma komisyonu İsrail'in soykırım eylemleri gerçekleştirdiğini "keşfetti". Bu arada, Batılı ülkeler birbiri ardına Filistin devletini "tanıdıklarını" ilan ettiler. Arap ülkeleri ise, İsrail'in ABD'nin kuklası Katar'ı bombalamasının ardından yumruklarını sallayarak "Yeter artık" dediler. Ne muhteşem bir namus gösterisi..!

Ancak Trump-Netanyahu basın toplantısının ardından, tüm bu diplomatik tavırların ve gösterişli sözlerin tamamen alaycı ve anlamsız olduğu ortaya çıktı. Dünya liderleri birbiri ardına Donald Trump'ı övdü ve kendisi ile Tony Blair'i Gazze'nin padişahları olarak öneren hastalıklı planlarının uygulanması çağrısında bulundu. BM Genel Sekreteri António Guterres ve İspanya'nın "Sosyalist" başbakanı Sánchez'den, Katar Emiri ve Çin Komünist Partisi'ne kadar neredeyse oybirliği ile destek verildi.

Tek bir hamlede, herkesin Filistin meselesinde gerçekte nerede durduğu netleşti. ABD'nin müttefikleri ve kuklalarının diplomatik gürültüsü, en önemli anda Filistin direnişini izole etmek için yapılan büyük bir manevraydı. Küresel Güney'in liderleri ise, iş ciddiye binince, ABD ve İsrail suçlarını işlerken uzaktan izlemekten memnun olduklarını bir kez daha gösterdiler.

Filistin çatışmasına aşina olanlar için bunların hiçbiri sürpriz olmadı. Asıl soru, Filistin hareketinin teslim olmayı talep eden bu yekpare diplomatik cepheye nasıl tepki vermesi gerektiğiydi. Diplomatik oyunu mu oynamalı, yoksa uluslararası toplumun ihanetini ifşa mı etmeliydi?

İslami Direniş Hareketi (Hamas), Trump'ın anlaşmasına verdiği yanıtta ilk seçeneği tercih etti ve "Arap, İslami ve uluslararası çabaları ve ABD Başkanı Donald Trump'ın Gazze Şeridi'ne yönelik savaşın durdurulması, esirlerin takası, yardımların derhal girmesi, Gazze Şeridi'nin işgalinin

reddedilmesi ve Filistin halkımızın buradan sürülmesinin reddedilmesi yönündeki çabalarını takdirle karşılamaktadır" açıklamasını yaptı. Açıklamada anlaşmanın bazı yönleri kabul edilirken, diğerleri hakkında sessizlik korundu. Hamas'ın Trump'ın ültimatomuna açıkça gösterdiği hoşgörünün, gerçek tavizlere yol açıp açmayacağı henüz belli olmasa da bu cevap, Hamas'ın yaklaşımındaki ölümcül bir kusuru şimdiden ortaya koyuyor.

Sorun, Hamas'ın anlaşmanın belirli yönlerini müzakere etmeyi kabul etmesi ya da boş diplomatik dalkavukluk girişimleri değil. Aksine, kullandığı uzlaşmacı dil, daha derin bir sorunun belirtisi. Hamas, İsrail'i diplomatik olarak izole etme çabasında, esasen diğer rejimlere, özellikle Arap dünyasındaki rejimlere karşı insaflı davranıyor. Bu, tutarlı bir nitelik olmuştur. 7 Ekim'i planlamasından bugünkü taktiklerine kadar Hamas, diplomatik manevralarla Arap rejimlerini İsrail'in etki alanından söküp kendi kampına çekmeye çalışmıştır.

Bu, Yaser Arafat yönetimindeki Filistin Kurtuluş Örgütü'nün (FKÖ) kullandığı stratejinin aynısıdır. Akıllıca değil, aksine felaket getirici bir stratejidir. Öncelikle ümitsizdir. Bu rejimler bazen direnişe meyilli olsalar da bunun tek nedeni kendi halklarının nefretinin ayaklarının altında yandığını hissetmeleri ve Filistin yanlısı duyguları kontrol altına alma ihtiyacında olmalarıdır. Ne kadar eğilseler de nihayetinde yozlaşmış iktidarları ABD'nin desteğine dayanmaktadır – başka seçenekleri kalmadıkça efendilerinin kırmızı çizgilerini aşmazlar. İkincisi, Filistin hareketinin Batı Asya'daki en güçlü kozunu kurban ediyor: kitlelerin, yöneticilerinin Siyonizmle uzlaşmasına duyduğu kızgın öfke.

Filistin yanlısı duygular, Cezayir'de Filistin'e savaşmaya gönderilmeyi talep eden gençlerden, silahlı kuvvetler içinde İsrail'e savaş ilan etmek isteyen eğilimlere kadar, Arap dünyasında çok derin. Filistin direnişinin Mısır, Ürdün ve Türkiye halklarına, kendilerini yöneten emperyalist yanlısı diktatörlerin zincirlerini kırıp Gazze'ye yardım etmeleri için yaptığı çağrıların büyük bir siyasi çalkantıya yol açacağına şüphe yoktur. Bu, potansiyel olarak bölgedeki güç dengesini değiştirebilir. Trump ve dalkavukları bu tehlikenin tamamen farkındadırlar ve bu, çatışmayı mümkün olduğunca çabuk İsrail lehine sonuçlandırmayı sabırsızca istemelerinin nedenlerinden biridir. Ancak Hamas, nefret edilen rejimler üzerindeki ***baskıyı artırarak*** bu zayıflığı kullanmak yerine, onlara hak etmedikleri övgüler yağdırıyor ve müzakereler için onlara güveniyor.

Bu noktalar en çarpıcı şekilde Müslüman dünyasının Amerikan yanlısı rejimleri için geçerli olsa da, daha genel olarak Küresel Güney'in geri kalanı ve Batılı ülkeler için de geçerlidir. Dünya çapında emekçi kitleler, soykırımı durdurmak ve ABD emperyalizmini uzlaştırmak için harekete geçmeyi reddeden yöneticileri tarafından giderek daha fazla sömürülmektedir. Bu yöneticiler Filistin'i desteklemeye yönlendirilemezler. Ancak ezilenlerin güç gösterisiyle önemli bir taviz verebilirler. Sınıf mücadelesinin tarihi bu konuda çok nettir: ezenlerle iyi geçinmek hiçbir şey elde etmez.

Yöneticilerinin Filistinlilere yardım etmeye ikna edilebileceği gibi yanlış fikirler besleyen ve kitlelerin duyularını körelten diplomatik taktikler reddedilmelidir. Bu, her türlü diplomasi veya uzlaşmayı reddetmek anlamına gelmez. Ancak bu tür taktikler kullanıldığı ölçüde, ezilenlerin emperyalizme karşı mücadelelerini ilerletmeyi ve siyasi bilinçlerini yükseltmeyi amaçlamalıdır.

Hareketin Gerçek Durumu

İsrail'in Küresel Sumud Filosuna müdahalesinin ardından, dünya çapında protestolar patlak verdi. Bunların en önemlisi İtalya'da oldu, burada genel grev yüz binlerce kişiyi sokaklara döktü. Bu başarılı seferberlikler, dayanışma hareketindeki birçok kişinin Filistin için rüzgârın döndüğünü coşkuyla ilan etmesine yol açtı. Gerçekte ise, hareket görünüşte olduğundan çok daha müşkül bir konumda bulunuyor.

Birçok Batı ülkesinde, İsrail'e karşı ikiyüzlü söylemler ve büyük ölçüde anlamsız olan Filistin devletinin tanınması, Filistin'e kitlesel ana akım desteği için siyasi alan açtı. Almanya'da, Sol Parti'deki Siyonistlerin Filistin için protesto etmeleri birdenbire kabul edilebilir hale geldi ve hatta savaş çığırtkanı Şansölye Merz, İsrail'e silah sevkiyatını durdurabileceğini iddia etti. Avustralya'da, İşçi Partisi Başbakanı Albanese, yıllarca İsrail'in sadık bir dalkavuğu olduktan sonra, birdenbire Filistin yanlısı itibarının bir kısmını hatırladı. Filistin'e destek göstermenin giderek daha kabul edilir hale gelirken, her iki ülkede de, en büyük protestoların 7 Ekim'den neredeyse iki yıl sonra gerçekleşmesi tesadüf değildir.

Tabii ki, çok sayıda insanın Filistin için protesto etmesi iyi bir şeydir. Ancak bu hareketlerin niteliğini anlamak önemlidir. Genel olarak, yükselen bir anti-emperyalist dalganın ortaya çıkışına tanık olmuyoruz. Daha ziyade, eski sol-merkez partilerin hayal kırıklığına uğramış destekçilerinin, bildikleri ve sevdikleri dünyanın Donald Trump ve başkaldıran sağın darbeleri altında parçalandığını görünce harekete geçişini görüyoruz. Bu dinamik, birçoklarını daha radikal dersler çıkarmaya itecek olsa da, bu hemen gerçekleşecek bir süreç olmayacaktır. Bu arada, Batı'daki Filistin

O Bolsevikos

Pire, 16 Temmuz. Yunan liman işçileri İsrail ordusuna çelik sevkiyatını engelledi

yanlısı hareket, kendilerini giderek daha güçsüz ve işçi sınıfından izole hisseden sol-liberal güçler tarafından hâlâ domine edilmektedir.

Hareketin kitlesel siyasi grevler karakterini aldığı İtalya'da bile, hareketin gücünü ve hatta proleter karakterini bile abartmak yanlış olur. Biz bu grevleri memnuniyetle karşılıyoruz, aynı zamanda gerçek şu ki İtalyan işçi sınıfı Filistin meselesinde çok bölünmüş durumda. Birçoğu, on yıllardır İtalyan işçileri için hiçbir şey yapmayan sendikaların birdenbire Filistin için çok gürültü çıkarmasına öfke duyuyor. Bu, sadece İtalya'da değil, tüm Batı'da bir karşı tepki dalgasının temelini oluşturuyor. Dahası, son grevlerin gücüne rağmen, gerici Meloni hükümeti, yakın zamanda önemli bölgesel seçimlerdeki iki zaferin de gösterdiği gibi, güçlü konumunu korumaktadır.

Almanya, Avustralya, İtalya veya Batı dünyasının başka herhangi bir yerinde olsun, sol, giderek artan sosyal izolasyonunu büyük ölçüde inkâr etmektedir. Bu nedenle, işçi sınıfını Filistin davasına kazanma yolunda neden daha fazla ilerleme kaydetmediğini anlamaya bile başlayamamaktadır. Gerçek şu ki, birçok işçi, sosyal koşullarının her geçen gün kötüleşmesini izlerken, kendini beğenmiş solcuların ahlaki olarak neyin doğru olduğuyla ilgili nutuklarından bıkmış durumda. Solun işçi kitleleri arasında gerçek bir etki yaratabilmesi için, erdem sinyali verme çabalarını ve boş sembolizmi terk edip, ezilenlerin materyal çıkarlarını ilerletmek için mücadele etmesi gerekiyor.

Bu genel olarak doğrudur, ancak Filistin meselesi söz konusu olduğunda şiddetle ortaya çıkmaktadır. Gazze'deki soykırıma karşı sayısız sembolik eylem gerçekleştirildi, ancak çok azı Siyonistlerin savaş çabalarına önemli materyal zarar verebildi. Endüstriyel işçi sınıfından başlayarak bu tür darbeler vurabilecek sosyal kesimler genellikle umutsuzca geri kalmış olarak görmezden geliniyor. Bu tutum doğal olarak onları Filistinlilerin tarafına çekmeye yardımcı olmuyor.

İtalya'nın Cenova ve Yunanistan'ın Pire limanları gibi radikal militanların hâlâ etkisi olan birkaç stratejik sendikada, ara sıra yapılan sembolik eylemler çoğu solcunun kendinden geçmesine yetiyor. Ancak gerçek şu ki, en solcu ve militan sendikalar bile, hükümetlerinin soykırıma ortaklığını kesin olarak durdurmayı amaçlayan bir mücadele örgütlememişlerdir. Bunun nedeni, sendika militanlarının ahlaki yetersizliği veya bireysel cesaret eksikliği değil, kusurlu siyasi anlayışlardır.

Kararlı bir sosyal ağırlığa sahip ve hükümetleri İsrail'e verdikleri desteği kesmeye zorlayabilecek bir Filistin hareketi inşa etmek için, işçi sınıfının çoğunluğunu bu dava için mücadele etmeye ikna etmenin bir yolunu bulmalıyız. Bu, soyut bir insan ahlakı temelinde değil, işçi sınıfının kendi ülkesinde sömürülmesi ile emperyalizmin uluslararası suçları arasında kopmaz bir bağ olduğu için yapılabilir. İşçiler, sosyal koşullarını iyileştirmek için soykırıma göz yuman veya katılan kendi yöneticilerine karşı koymalıdır. Aynı zamanda işçileri kendi ülkelerinde ucuza satan işçi liderleri, Filistin için sadece sembolik eylemler düzenleyebilenlerdir. Mesele şu ki, işçi sınıfının kendi ülkesinde başarılı bir mücadele vermesi, Filistin meselesini ön plana çıkarmalıdır, tıpkı Filistin mücadelesinin işçilerin kendi ülkesindeki mücadeleleriyle bağlantı kurması gerektiği gibi.

Filistin yanlısı devrimciler, hareketin içindeki birçok kişinin hayali ve çılgın coşkusunu dizginlemeli, duruma soğukkanlılıkla bakmalı ve sol ile işçi sınıfı arasındaki uçurumu kapatmak için sıkı bir mücadele vermelidir. Filistin için işçi sınıfının harekete geçmesi için yapılan her çağrı, çalışma koşullarının iyileştirilmesi için somut taleplerle bağlı olmalıdır. Bunu yapmayı reddeden sendika liderleri keskin bir şekilde ifşa edilmelidir. İşçi sınıfını harekete geçirmek en kolay yol değildir; sabırlı ve sistematik bir çalışma gerektirir. Ancak mücadelenin sonucuna belirleyici bir etki yapabilecek tek yol budur.

Önümüzdeki Yol

Trump-Netanyahu anlaşmasını geçersiz kılmak ve Filistin yararına bir ateşkes dayatmak istiyorsak, zorlu gerçeklerden yola çıkmalıyız. Stratejik ilkelerimiz, kendi çıkarlarına hizmet eden ahlaki doğruluk ya da sosyal medyada iyi görünen şeylerle değil, ***Filistinlilerin mücadelesini gerçekten ilerletecek*** öğelerle belirlenmelidir.

Net olmalıyız. Büyük güç diplomasisi Filistinliler için hiçbir zaman işe yaramadı ve asla yaramayacak. Aynı zamanda liberal dayanışma hareketleri de başarısız oldu. Mevcut dinamikleri değiştirmek istiyorsak, gerçek bir gücü devreye sokmamız gerekiyor. Bu güç, Arap dünyasında ve diğer her yerdeki emekçi kitlelerin içinde yatmaktadır. Ancak bu gücün zincirlerinden kurtulması gerekir. Bunun gerçekleşme ihtimali için, liberalizmin etkisiz araçlarını bir kenara bırakmalı ve sınıf mücadelesinin ilkelerini ve yöntemlerini özümsemeliyiz. Filistin'in kurtuluşunu ancak bunlar sağlayabilir.

—8 Ekim

Enternasyonel Komünist Liga (Dördüncü Enternasyonalist)

İletişim ve abonelik için:

spartacist@spartacist.org • iclfi.org • 𝕏 SpartacistICL

ICL, Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA

SPARTAKIST

Filistin

Anlaşmayı öldürün!

Netanyahu ve Trump Beyaz Saray'da bağlarını pekiştiriyor, 29 Eylül. Filistinliler, İsrail'in yoğun bombardımanından sonra kuzey Gazze Şeridi'nden kaçıyor, 16 Eylül

Brandon/AP

Habboub/Abaca

Gazze'deki soykırım durmalı. Ancak sadece aptallar Trump ve Netanyahu'nun Orta Doğu'ya barış getireceğini umabilir. 29 Eylül'de açıkladıkları plan, Filistin direnişinin tamamen teslim olmasını talep ediyor ve sadece daha ağır sömürge boyunduruğu öneriyor. Filistin yanlısı herhangi bir gözlemci için bu anlaşmanın ne kadar iğrenç olduğunu ve felaket getireceğini görmek kolay olsa da, ne yapılması gerektiğine cevap vermek çok daha zor. Filistin direnişi köşeye sıkışmış durumda. Gazze'deki insani durum giderek kötüleşiyor, İsrail'i askeri olarak yenmenin hiçbir yolu yok. Ve bu çatışmanın sona ermesi gerektiğine dair güçlü bir istek var. Dahası, tüm dünyanın Trump'ın arkasında saf tutması, son derece yoğun bir diplomatik baskı getirdi.

Yüzeyde, rehinelerin serbest bırakılması, teknokrat bir hükümetin kabul edilmesi ve silahsızlanma gibi büyük tavizler vermek, eziyeti sona erdirecek gibi görünebilir. Gerçekte bu, sadece İsrail'e Filistinlileri yok etmek için hareket özgürlüğü verecektir. 1982'de silahlı Filistin Kurtuluş Örgütü (FKÖ) savaşçılarının Lübnan'dan çekilmeye razı olduğunda olanlara bakmak yeter. Bu, Sabra ve Şatilla katliamlarının önünü açtı, FKÖ'yü marjinalleştirdi ve Oslo Anlaşmalarına zemin hazırladı. Yenilgiden geri çekilmek ve başka bir gün savaşmak için yaşamak bir şeydir. Ancak Gazze halkını İsrail'in tiranlığı karşısında savunmasız bırakmak başka. Tek ses olarak şunu söylemeliyiz: ***Teslimiyete Hayır***!

Geriye yine şu soru kalıyor: Soykırımı nasıl durdurabiliriz? Trump her zamanki gibi yaygara ve tehditlerle dolu, anlaşmayı kabul etmezse Hamas'ı yok edeceğini vaat ediyor. Gazze'deki direnişin ağır darbeler aldığına şüphe yok, ancak iki yıl sonra hâlâ İsrail'in başına bela olmaya devam ediyor. İsrail, Hamas'ı konvansiyonel askeri yöntemlerle yenebilseydi, bunu çoktan elde etmişti. Filistinliler korkunç bir bedel ödedi, ancak İsrail ve hatta ABD de iki yıllık çatışmadan zarar görmeden çıkmadı. Doğru yere baskı

devamı 25. sayfada

Sabra ve Şatilla tekrarlanmamalı!